

H 8040 F
ISSN 1619-1404
30. Jahrgang
Nummer 181
November | Dezember 2019
3,50 Euro

Inhalt und Editorial

*Im Juni 2019 demonstrieren tausende Klimaaktivist*innen und dringen teils in den Tagebaugrube Garzweiler ein. © Roland Geisheimer / attenzione*

Liebe Leser*innen,

eine verschlossene Holztür verhinderte in Halle an der Saale am 9. Oktober dieses Jahres, dass Stephan Balliet in der Synagoge einen Massenmord in der jüdischen Gemeinde verübte. Am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag wollte er möglichst viele Menschen in dem Gotteshaus ermorden. Ort und Datum hatte er bewusst gewählt, den Anschlag live gestreamt, bei dem er eine Frau auf der Straße und einen Mann in einem Dönerimbiss erschießt. Bis heute ist weder vom Landesinnenminister noch der Polizeileitung nachvollziehbar erklärt worden, warum an diesem Feiertag keine Sicherheitskräfte vor Ort waren. Die gestiegene Bedrohung durch den weiter erstarkenden Antisemitismus wurde in Sachsen-Anhalt ignoriert. Wären Polizeikräfte zum Schutz der Gemeinde an jenen Tag abgestellt gewesen, hätte sie möglicherweise die Morde verhindern könnten.

Die Reaktionen der offiziellen Politik spiegeln das ganze Ausmaß der falschen Lageeinschätzung wider. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) sagte, dass solch ein Angriff in Deutschland nicht vorstellbar gewesen wäre, und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) meinte, ein solcher Angriff sei »ein Alarmzeichen«. »Unvorstellbar« und »Alarmzeichen«? Wer 2019 so denkt, glaubt auch die ausgemachten Feind*innen der extrem rechten Szene nicht schützen zu müssen. Hier scheinen all die Opfer rechter Gewalt und die Ermordeten des NSU nicht wahrgenommen worden zu sein. Selbst die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) am 2. Juni 2019 scheint vergessen – oder wird ausgeblendet. Denn eines möchten die Bundesregierung und das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht, dass von rechtem Terror gesprochen wird, der jederzeit morden könnte.

Dieser Terror ist längst international inspiriert und virtuell agil. Die Drohungen der sogenannten »Atomwaffen Division« sind der offene Aufruf, weltweit Morde zu begehen. Erst Anfang November versuchte ein mutmaßliches Mitglied des Netzwerkes aus Amerika nach Deutschland einzureisen.

Das Attentat von Halle hatte das Massaker von Christchurch und den Angriff von El Paso als Vorbild. Alleine bei diesen Anschlägen starben durch extrem rechte Täter 73 Menschen. Diese Szene hat ihre Feinde – ob Migrant*innen, Muslime, Jüd*innen oder antifaschistisch Engagierte, Politiker*innen und Aktive aus der Umweltbewegung – im Visier.

Befeuert werden diese Taten durch die Ideologie des »Großen Austauschs«. Unablässig wiederholen AfD, Pegida und Co ihre Anfeindungen mit ihren wenig verklausulierten Gewaltphantasien. Die neue Hassfigur Nummer Eins ist Greta Thunberg als »Botschafterin« von »Fridays for Future«. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen beschimpfte sie als »krankes Kind« und in Facebook-Kommentaren wird ihr der Tod gewünscht. Und Neonazi-Onlineshops bieten rechte Propagandautensilien mit »FCK Greta« an. Was vor drei Jahren bei Angriffen von Hooligans auf Proteste von »Ende Gelände« im Lausitzer Braunkohlerevier zu erahnen war, manifestiert sich nun: Die Klimabewegung ist zum nächsten großen Feindbild der gesamten Rechten geworden. Fanden sich bisher vor allem antifaschistische Aktivist*innen und Parlamentarier*innen auf Feindeslisten wieder oder erhielten Emails mit Absendern wie »NSU 2.0« und »Staatsstreichorchester«, berichten mittlerweile auch Klimaforscher*innen von entsprechenden Nachrichten.

Wer 2019/20 noch denkt, ich bin ja nicht betroffen, ich muss nichts sagen, sollte sich nicht wundern, dass niemand mehr etwas sagen kann, wenn man selbst zum Ziel wird.

#Kulturkampf

Alles Feind

Die CDU legitimiert mit ihren Kooperationsüberlegungen mit der »Alternative für Deutschland« auch die Anfeindungen gegen alle »Rot-Grün-Versifften«.

von Andreas Speit



Auf der Wahlkampfabschlusskundgebung der AfD in Erfurt am 26.Oktober 2019

Könnte, sollte oder dürfte. Die CDU ringt nach der Wahl in Thüringen um ihr Verhältnis zur »Alternative für Deutschland« (AfD). Die Landtagswahl hat die CDU zwar krachend verloren, doch nach der Landesmacht schielt sie dennoch eifrig. Der Absturz von über 11 Prozent auf etwas über 21 Prozent müsste eigentlich gebieten, diese Überlegungen zu unterlassen. Doch wer sagt das denn: Die verachteten Gutmenschen, die angegriffenen Klimabesorgten und die verhassten 68-Versifften.

Im Wahlkampf führte der CDU-Spitzenkandidat Mike Mohring zu dem AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke aus: »Ich finde: Höcke ist ein Nazi.« Spätestens nach dem Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutzes (BfV) zur »AfD und ihren Teilorganisationen« im Januar dieses Jahres, in dem Höcke und der von ihm lancierte »Flügel« quasi als Kronzeugen eines völkischen Nationalismus angeführt werden, die per se den Idealen des Grundgesetzes widerlaufen, zog die selbsternannte Mitte der Gesellschaft langsam klare Grenzen. Von einer »bürgerlichen« Alternative sprachen nur noch wenige.

Der Fraktionsvize der CDU im Landtag, Michael Heym, teilt aber weder die Bewertung des eigenen Spitzenkandidaten noch die Einstufung des BfV. Er schlug schnell eine Koalition mit der AfD vor, denn es gebe im neuen Landtag eine »bürgerliche Mehrheit rechts«. Und er schob nach, er könne sich eine von der CDU geführte Minderheitsregierung vorstellen, toleriert durch die AfD. Diese sei für ihn auch eine »konservative Partei«. Konservativ scheint so auch für den CDU-Politiker die Angriffe aus dem AfD-Milieu auf Greta Thunberg zu sein, bei denen der Klimawandel durch die Menschen gerne abgestritten wird. Heym sorgt sich um die Wähler*innen der AfD, denn »den immer gleich lautenden Reflex, dass das alles Nazis wären, den teile ich so nicht«. Nein, nicht alle sind »Nazis«, sie alle haben mit ihrem Kreuz bei Höcke jedoch einer völkisch-nationalistischen Landespartei ihre Stimme gegeben. Sie wussten, wen sie wählen.

In einem offenen Brief haben 17 CDU-Funktionsträger aus Thüringen Heym nicht bloß beigestanden, sondern sie »appellieren an die CDU Thüringen und CDU-Fraktion (...) sich aktiv am Gesprächsprozess mit ALLEN demokratischen Parteien im Landtag (zu) beteiligen«. Mit dem im Original extra groß geschrieben Wort verorten sie die extrem rechte Partei in der demokratischen Landschaft – und auch dessen Kritik am »Zuwanderungswahnsinn« und »Klimawahn«.

In dem rechts-ökologischen Spektrum wird Einwanderung schon lange als ökologische Katastrophe wahrgenommen. Die Aussagen von Höcke in dem 2018 erschienenen Gesprächsband, dass »eine neue politische Führung« alleine »den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet« und »ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig« sei, ecken da nicht an. Ebenso nicht, dass »wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen«, doch sei er sich sicher, dass »am Ende noch genug Angehörige unseres Volkes vorhanden sein werden, mit denen wir ein neues Kapitel unserer Geschichte aufschlagen können«. Wenn diese Aussagen von Höcke für Heym »konservativ« sind, was ist dann für ihn »rechtsextrem«? Einer, der das ganz genauso sieht, ist Alexander Gauland. Nach der Wahl erklärte der Bundestagsfraktions- und Bundessprecher nicht ganz so überraschend, Höcke rücke die »Partei nicht nach rechts«: »Herr Höcke ist die Mitte der Partei.« Jenseits dieses Milieus rechts von der Union und nahe bei der AfD dürfte dieses »Mitte«-Bekenntnis selbstentlarvend sein – und als Drohung verstanden werden. In der Mitte der AfD herrscht also die Meinung vor, nicht bloß Geflüchtete, sondern auch Einwanderungsbefürwortende sollen das Land verlassen. »Remigration« heißt es euphemistisch für die Geflüchteten, wie die Maßnahme für die Uneinsichtigen heißen soll, ist noch nicht bekannt.

Das schon oft kolportierte »Bonmot« von dem Bundessprecher und Europaabgeordneten der AfD, Jörg Meuthen – »Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland« – bekommt so eine neue Dimension. Nicht sie wollen »weg«, sondern wir sollen »weg«. Und »wir« dürfen uns auch als »wir« verstehen. Umweltschützer*innen, die global und solidarisch denken, Frauen, die sich für mehr Gleichberechtigung und Schutz einsetzen, Männer, die nicht soldatisch und patriarchial sein wollen, Transgender, die offen leben und lieben möchten, Künstler*innen, die nicht deutsch-national und patriotisch sein wollen und und und.

Im Kulturkampf von rechts machen die Protagonist*innen keine großen Differenzen bei ihren ausgemachten Feind*innen aus. Die kleinste Affinität zu Liberalismus und Individualismus, Egalität und Emanzipation genügt zur Feind-Markierung.

#FFF

Das Patriarchat gegen die Vernunft

Was das Fridays-for-Future-Bashing mit dem Patriarchat zu tun hat.

von Katja Thorwarth

»Was hampeln die eigentlich freitags immer alle auf der Gasse rum?«, fragt der Jugendliche seine Mutter in einer Frankfurter Straßenbahn. »Die demonstrieren für eine bessere Klimapolitik«, antwortet die Frau. »Hä? Die sollten lieber in die Schule gehen.« Genervter Konter: »Ganz dünnes Eis.«

Das dürfte der geschätzt 16-Jährige kapiert haben, der vermutlich aus weniger konstruktiven Gründen den Schulbesuch umgeht. Doch sich an der Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) abzuarbeiten, hat der Bub nicht exklusiv für sich entschieden. Vielmehr sind es meist Rechte und Konservative, welche die Schulpflicht erst interessiert, seitdem Schüler*innen Politikunterricht kollektiv auf der Straße erlebbar machen. Ihnen ist das folgenlose »Gequalle« der Politiker*innenkaste, die den menschengemachten Klimawandel nicht in time aufzuhalten gedenkt, schlicht eine existentielle Bedrohung.

Woher nur kommt die Aggression gegen jene, die diesen Planeten noch bewohnen wollen, wenn die aktuellen Player in Politik, Wirtschaft und Medien längst das Zeitliche gesegnet haben? Was triggert die Konservativen ebenso wie die extreme Rechte, wenn die Regeln wöchentlich außer Kraft gesetzt und die Vorurteile widerlegt werden, die Jugend interessiere sich nur für Netflix und Instagram?

Fridays for Future, die Konservative und die »Reichsbürger«

Man blicke in die Frankfurter Allgemeine Zeitung, in der Reinhard Müller einen latenten Bezug zu den »Reichsbürgern« herstellt: »Wenn hinter den Protesten und der offiziellen Sympathie dafür die Haltung steht, diese staatliche Ordnung, das System sei nicht in der Lage, die geeigneten umweltpolitischen Maßnahmen zu treffen, um das Land und den Planeten zu retten, dann ist der Weg zu reichsbürgerhaften Auswüchsen nicht mehr so weit.« An anderer Stelle wird die »Widerstandsrhetorik« mit der »Neuen Rechten« in Beziehung gesetzt: Immerhin findet es der extrem Rechte Götz Kubitschek durchaus legitim, »die kleine Ordnung zu verletzen (…), um die große Ordnung zu retten«.

Es ist eine grandios reaktionäre Schnappatmung, wenn man wie im Falle von Müller behauptet, ein »allgemeines Recht auf ‹zivilen Ungehorsam›« würde nicht existieren. Das ist Unfug; im Gegenteil ist kein Mensch in diesem Land gegenüber dem Staat zum Gehorsam verpflichtet.

Vielmehr muss der Staat begründen, warum er Freiheit und zivilen Ungehorsam einschränkt. Die Proteste der FFF hingegen mit der das demokratische System strukturell in Frage stellenden extremen Rechten zu verknüpfen, zeugt von reiner Panik, die Deutungshoheit zu verlieren. Denn tatsächlich haben die jungen Leute die nachvollziehbare Einschätzung, der Staat sei nicht willens, »geeignete umweltpolitische Maßnahmen« zu treffen, so Reinhard Müller. Damit wollen sie den Staat freilich aber noch nicht abschaffen.

Versagen des Patriarchats

Die Jugend ist es, die das Versagen einer patriarchalen Struktur offenbart, deren Protagonist*innen mit einem Satz heißer Ohren für die Gören kein Problem haben dürften, merkt man doch diese Angefasstheit alter weißer Männer und Frauen.

Tatsächlich ist den systemimmanenten Strippenzieher*innen ihr Versagen explizit, sie gehen aber lieber mit dem Autolobbyisten golfen als sich einen Spiegel vorhalten zu lassen. Da kann schon mal die Zukunft nachfolgender Generationen in der Tonne landen.

Obrigkeitsstaat preußischen Modells

Es wirkt beinahe wie der Wunsch nach einem Obrigkeitsstaat preußischen Modells, in dem der Patriarch seine Definition von Recht und Ordnung nicht zu begründen braucht, sondern die eigene Herrschaft gerne mit dem Rohrstock durchsetzt. Was ist aber auch die Gletscherschmelze gegen das Einhalten disziplinarischer Regeln? Schließlich ist das Pflichtbewusstsein stets die stärkste deutsche Tugend gewesen.

Stramm sich dem Ordnungsprinzip zu unterwerfen, betrifft Jugend und Frauen gleichsam, untergräbt der Widerstand gegen dieses Modell doch all das, was die Herren in den letzten Jahrhunderten hart unterdrückt haben. Gern werden in diesem Zusammenhang der Aktionismus einer jungen Frau auf eine Eigenart herunter gebrochen und Jugendliche flächendeckend als »Schulschwänzer« denunziert, weil man sich aus Arroganz weigert, das eigene Handeln in den Kontext der vorgebrachten Forderungen zu stellen.

Warum verwundert es wenig, wenn auch der AfD-Politiker Götz Frömming nicht auf seiner eigenen Peinlichkeit ausrutscht, der mit seiner Aussage, »ein kollektives gemeinsames Aufmarschieren, das hatten wir zu oft in unserer deutschen Geschichte, und an dieser Stelle können wir hoffentlich alle gemeinsam nur sagen: Nie wieder« FFF tatsächlich mit dem Nationalsozialismus assoziiert? Einmal mehr wird beispielhaft, wie die extreme Rechte und Konservative Hand in Hand marschieren und weiße Menschen mit ihrer kelleweise gelöffelten Weisheit die Erde in Grund und Boden stampfen.

Also, liebe Rotzlöffel da draußen, FFF ist nicht nur ein Kampf für eine andere Klimapolitik. Es ist gleichsam ein Kampf gegen das Patriarchat.



Fridays for Future in Hannover am
15. Februar 2019

#Naturfreunde

»Natürlich erleben wir sowohl verbale wie auch nonverbale Angriffe«

Im Jahre 1905 wurde in München die erste Ortsgruppe der »Naturfreunde Deutschland« (NFD) gegründet. Ihre Wurzeln haben die NFD in der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung. Bis heute definieren sie sich – mit ihren rund 70.000 Mitgliedern – als »sozial-ökologisch und gesellschaftspolitisch aktiver Verband«. Über politisches Bewusstsein unter den »Naturfreunden« und extrem rechte Ideologien innerhalb der Umweltbewegung sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der »Naturfreunde Hessen«, Arno Enzmann.

drr: Die NFD wurden 1933 von den Nazis verboten. Gibt es vor diesem Hintergrund ein ausgeprägtes, politisches Bewusstsein unter euren Mitgliedern? Oder interessieren sich viele nur für eure Freizeitangebote oder die Naturfreunde-Häuser?

Arno Enzmann: Natürlich unterliegen auch die NFD gesellschaftlichen Veränderungen und Wertevorstellungen, dennoch sind sie in Angebot und Programm politisch bewusster als andere Verbände. Je nach Ortsgruppe und Ortslage kann dies unterschiedlich sein. Freizeitangebote und Häuser sind unser wirksamstes Werbemittel. Wir nutzen den Charme und den geschichtlichen Hintergrund der Naturfreundehäuser als politischen Eckwert. Damit allein werden wir aber unser größtes Problem, die Überalterung unserer ehrenamtlichen Leistungsträger nicht lösen können. Hier suchen wir nach neuen Wegen.

Ihr thematisiert offen und direkt, dass völkische Denkweisen und Strömungen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes eine lange Tradition in Deutschland haben. Wie reagieren andere Verbände auf solch kritische Darstellungen?

Manchmal mit Überraschung, mal mit Unverständnis, bestenfalls mit Interesselosigkeit. Hier zeigen sich deutlich die Mängel der schulischen Nachkriegsbildung. »Aus der Geschichte lernen« wird leider viel zu oft nur noch als Floskel wahrgenommen. Die Naturfreunde haben eine kritischere Sicht auf Umwelt und Naturschutz. Der deutsche Natur- und Umweltschutz hat eine lange Geschichte, die alles andere als demokratisch oder liberal verlaufen ist. Vielmehr waren es oft konservative bis faschistische Ideen, die sowohl der ökologischen Wissenschaft als auch der ökologischen Bewegung ihren Stempel aufgedrückt haben. So werden zum Beispiel Natur, Landschaft und Heimat oft zusammengedacht, nicht nur bei den Rechten. Bei ihnen vielleicht nur in der überspitzten Form: das Eine lasse sich nicht ohne das Andere bewahren. Nach dem Motto: »Der deutsche Wald kann nur geschützt werden, wenn das deutsche Volk geschützt wird – vor dem Fremden. Die deutsche Natur ist nur gesund, wenn auch der Volkskörper gesund ist.« An diesen Beispielen zeigen sich letztlich die Unterschiede.

Doch viele junge Menschen bringen Naturschutz und Rechtsextremismus nicht zusammen. Die meisten denken bei Naturschutz eher an liberale oder links-politische Strömungen. Um solche Wissenslücken auszufüllen, haben die Naturfreunde und die Naturfreundejugend Deutschlands gemeinsam die Fachstelle »Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)« gegründet. FARN untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen und bietet bundesweit Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu diesem Themenkomplex an.

Teile der »Naturfreunde« engagieren sich gegen Rechts oder für Geflüchtete. Wie stark wird das Engagement in diesem Bereich seitens eurer Mitglieder unterstützt? Und gab es vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Jahre Widerstand aus den eigenen Reihen?

Sich für Geflüchtete und/oder gegen Rechts zu engagieren ist für Naturfreunde viel selbstverständlicher als in weiten Teilen der Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in Satzungen und Leitbildern wider. Die Erfahrungen von 1933, das Verbot der Naturfreunde, die Enteignung und Zerschlagung der Naturfreundehäuser und die Verfolgung aufrechter Naturfreunde bis hin zur Ermordung, hat zu einer nachhaltigen Zäsur in dieser Frage geführt. Widerstand dagegen gab es nach meiner Kenntnis jedoch nicht.

Musstet ihr im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks verbale oder nonverbale Angriffe aufgrund eures politischen Selbstverständnisses und Engagements gegen euch oder eure Einrichtungen feststellen? Und wenn ja, wie geht ihr damit um?

Vor kurzem gab es am Naturfreundehaus Frankfurt eine Brandstiftung mit erheblichem Sachschaden. Ob die Tat politisch motiviert war, wissen wir nicht. Aber schon die Möglichkeit dies in Betracht ziehen zu müssen, ist schlimm genug. Natürlich erleben wir sowohl verbale wie auch nonverbale Angriffe. Man muss diese auch ein Stück weit aushalten und ignorieren. Mit wie viel Mut der eine oder andere sich persönlich in Auseinandersetzungen einbringt, ist von ihm selbst abhängig. Ich erlebe das bei vielen meiner Verbandsfreund*innen. Als recht kleiner Verband sind wir doch stets in großer Anzahl bei Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen deutlich sicht- und hörbar.

Vielen Dank für das Gespräch!

Eine Handreichung der Fachstelle FARN steht unter https://www.naturfreunde.de/farn zum Download zur Verfügung.



Neonazis beziehen sich auch auf die »Blut und Boden« Ideologie – 2001 marschieren »Freie Kameradschaften« gegen Atomkraft in Uelzen

#BrauneÖkologie

Von Pflanzen und Menschen

von Peter Bierl

Über all den »Dumpfbacken«, die den Klimawandel leugnen, könnte man glatt übersehen, dass Neonazis durchaus Umweltthemen aufgreifen, wenn auch nur in instrumenteller Absicht. Zugute kommt ihnen, dass sie an weit verbreitete Ideen anknüpfen können. Die alte NPD-Parole »Umweltschutz ist Heimatschutz« fügt sich zur neuen Heimattümelei, der Ökomalthusianismus hat Resonanz im bürgerlichen und im alternativen Lager. Das zeigen beispielsweise die Sprüche von Clemens Tönnies, einem der größten Fleischhändler Europas, Milliardär und Aufsichtsratsvorsitzender von Schalke 04, über »Afrikaner«, die zu viele Kinder machen.
Strategisch denkende Ideolog*innen der völkischen Rechten haben die Umweltfrage auf dem Schirm. Philipp Stein, Kopf des Projekts »Ein Prozent«, forderte in seinem »Ökomanifest von rechts« (2014) dazu auf, der Linken die Deutungshoheit in der Umweltfrage wieder zu entwinden. In Beiträgen aus dem »Institut für Staatspolitik« wird auf den historischen Fundus der Heimatschutzbewegung verwiesen und das NS-Regime als Vorbild gerühmt.

Der Ursprung
Richtig ist, dass Naturschutz lange Zeit ein rechtes Thema war. Der Umschwung kam erst allmählich mit der zweiten Umweltbewegung seit den späten 1960er Jahren, die allerdings in Deutschland und Österreich bis in die Gründungsphase der Grünen von rechten Gruppen wie dem »Weltbund zum Schutz des Lebens« oder der »Aktionsgemeinschaft Unabhängige Deutsche« (AUD) geprägt wurde. Manche linke Ökolog*innen fanden nichts dabei, sich mit solchen Leuten im »Collegium Humanum« in Vlotho zu treffen.
Diese Gruppen standen in der Tradition von Lebensreform und Heimatschutz, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufkamen und sich gegen bestimmte Symptome der Industrialisierung wandten.
Diese Bewegungen waren miteinander verbunden und männlich dominiert, abgesehen vom Tierschutz. Die Anhänger*innen gehörten überwiegend der akademischen urbanen, männlich dominierten Mittelschicht an.
Die Lebensreform beanspruchte, alles zu verändern, Ökonomie und Landwirtschaft, Gesundheit und Ernährung, Kleidung und Freizeit,

Pädagogik und Kunst. Unter dem Motto »Zurück zur Natur« sollten die Menschen ihr Leben und die Gesellschaft grundlegend umgestalten. Aus diesem Milieu entstanden Gartenstädte, Reformhäuser und Vollwertkost, der Wandervogel und die FKK-Bewegung, die Anthroposophie und die Zinstheorien von Silvio Gesell, die heute in Regionalgeld-Initiativen und Transition-Town-Gruppen auftauchen. Manche Lebensreformer*innen entwickelten sich zu regelrechten Aussteiger*innen, die ihr Ideal vom einfachen Leben auf der Scholle verwirklichen wollten. Die meisten Siedlungen und Kommunen scheiterten, weil diese Leute von Landwirtschaft keine Ahnung hatten.

In den Heimatschutz-Verbänden sammelten sich die nahezu ausschließlich männlichen Honoratioren, Wissenschaftler, Lehrer, Ingenieure, Architekten und Beamte. Sie kämpften gegen die Zerstörung von Landschaft und Natur und den Verfall von Sitten und Bräuchen und suchten in Kooperation mit Behörden nach Kompromissen bei der Stadtentwicklung oder Großprojekten, wie zum Beispiel der Anlage von Wasserkraftwerken. Der Denkmalschutz geht wesentlich auf diese Bewegung zurück. Ein zentrales Anliegen war der Kampf gegen moderne Architektur und der Anspruch traditionelle Stilformen weiterzuentwickeln. Was damit gemeint war, zeigt Schloss Cäcilienhof in Potsdam mit viel Fachwerk und steilen Dächern, das der Architekt Paul Schultze-Naumburg 1912 entwarf. Zurecht warnten die Heimatschutz-Verbände vor Versteppung, Artensterben, der Verschmutzung von Gewässern oder dem Einsatz für Mischwälder statt Fichtenmonokulturen.

Hygiene, Reinheit, Antisemitismus

Gesellschaftspolitisch waren Lebensreform und Heimatschutz jedoch konservativ-reaktionär bis völkisch-rassistisch. Zwar gab es linke Strömungen, die allerdings oft Positionen mit den Rechten teilten, etwa ‹rassenhygienische› Ideen. Beide Bewegungen misstrauten dem Fortschritt, weil sie eine biologistisch-rassistische und kulturelle nationale Identität – in der damaligen Sprache: deutsches Volkstum – in Gefahr wähnten. Sie beklagten einen Verfall der Kultur, eine »Degeneration« der Menschheit, insbesondere einer »nordischen Rasse«. Großstädte wie Berlin galten ihnen als »Grab der Arier« wegen des Rückgangs



Briefmarke zum Gedenken an Rudorff

der Geburten, der Mietskasernen und Vergnügungstempel, als alles verschlingender Moloch, in dem ‹die Juden›, Banken, Börsen und Zeitungen beherrschten. Abgelehnt wurden emanzipatorische Tendenzen wie die Arbeiter*innen- und die Frauenbewegung.

Wer deshalb behauptet, der Heimatbegriff sei bloß von den Nazis missbraucht worden, irrt. Als es um den öffentlichen Aufruf zur Gründung eines Verbandes ging, wollte Ernst Rudorff weder die Unterschriften von Frauen noch von Juden haben. Der Musikprofessor prägte den Begriff »Heimatschutz« (1897) und behauptete, ein inniges Naturgefühl gehöre zu den »Wurzeln des germanischen Wesens«, während Jüdinnen*Juden keine Heimat hätten. Er wollte die »Gesamtphysiognomie des Vaterlandes« schützen, die »Sitten des Landvolkes«, die »Urwelt«, die »urwüchsig schaffende Volkskunst«. Heimatliebe sollte zum emotionalen und geistigen Bollwerk gegen den verhassten »Materialismus« werden, um die »Ideen der roten Internationale« abzuwehren.

Die Lebensreformer*innen wollten mit »natürlicher Lebensweise« die ‹Rasse rein halten›, ertüchtigen und hochzüchten. Paradigmatisch war die Ablehnung der Impfung: Der Natur würde ins Handwerk gepfuscht, die durch Krankheiten für Auslese und Ausmerzen der Minderwertigen sorge. »Natürlich« war in dieser Perspektive der Kampf ums Dasein. Krankheit sei als Prüfung von Geist und Körper zu akzeptieren und mit »natürlichen« Mitteln, den Kräften des eigenen Körpers oder traditionellen Methoden zu bekämpfen.

Verbreitet war die Vorstellung eines ‹Dritten Wegs› zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der prominente Lebensreform-Künstler Fidus visualisierte die Idee in einer Grafik: Sie zeigt die Menschheit am Scheideweg zwischen dem Kommunismus, den Fidus als Wolkenkuckucksheim darstellte, dem Kapitalismus, der in den Abgrund führte, und einer agrarisch-handwerklichen Idylle. Die illusionäre Vorstellung war, die Dynamik des Kapitalismus so zu begrenzen, dass eine mittelständische Marktwirtschaft übrigblieb. Die Struktur der Kapitalverwertung, die Produktion von Waren für Märkte, Konkurrenz und Lohnarbeit, sollte nicht angetastet werden. Ähnliche Vorstellungen grassieren heute in der Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung oder werden von Sarah Wagenknecht vertreten.

Reite den Zeitgeist

Während die »Heimatschutzbewegung« im Kaiserreich meist gemäßigt-konservativ auftrat, fand in der Weimarer Republik eine Faschisierung statt. Paradigmatisch lässt sich dieser Prozess an Schultze-Naumburg zeigen. Er fungierte von 1904 bis 1913 als Vorsitzender des »Bundes Heimatschutz«, seine Broschüren trugen erheblich zur Popularisierung bei. Von Anfang an sprach er von ‹Rassen› und ‹höheren Rassen›, etwa in einer Schrift zur Frauenkleidung (1903), die als wichtiger Beitrag zur Lebensreform galt und in der er sich gegen das Korsett wandte. In der Flugschrift über die »Entstellung« des Landes (1905) beklagte er, ‹die deutsche Heimat› und damit der Ausdruck des »spezifisch deutschen Wesens« würden zerstört. Seit Mitte der 1920er Jahre schlug Schultze-Naumburg offenere und aggressivere Töne an. Eine Streitschrift gegen das Flachdach (1927) begann er mit Erörterungen über den trivialen Umstand, Regen könne von steilen Dächern besser abfließen , um schließlich eine Verbindung zwischen Architektur und ‹Rasse› herzustellen.

Zu diesem Zeitpunkt stand Schultze-Naumburg bereits in Kontakt mit NS-Kreisen und übernahm die ‹Rassenlehre› von Hans F.K. Günther, dem »Rassenpapst« der Nazis. 1929 gründete Schultze-Naumburg die Kunstwerkstätten Saaleck als Gegenpol zum Bauhaus. Der Saalecker-Kreis traf sich mit Paul Bonatz, dem Architekten des Stuttgarter Bahnhofs, Hans F.K. Günther und Alfred Ploetz, den Begründern der ‹Rassenhygiene› und den NS-Politikern Richard Walther Darré und Wilhelm Frick, die später Landwirtschafts- beziehungsweise Innenminister wurden. Im gleichen Jahr publizierte Schultze-Namburg die Schrift »Kunst und Rasse«, in der er über artgerechte Kunst, Rassenmischung, Minderwertige, Auslese und Ausmerzen schwadronierte. 1930 wurde er Mitglied der NSDAP und Direktor der staatlichen Hochschule für Baukunst in Weimar und trug zwei Jahre später maßgeblich zur Schließung des Bauhauses bei.

Chancen und Karriere im NS

Nach 1933 kollaborierten viele Lebensreformer*innen und Heimatschützer*innen willig mit den Nationalsozialisten. Vereine und Verbände wie »Bund Naturschutz«, »Volksbund Naturschutz« oder der »Vogelschutzbund« vollzogen eine Selbstgleichschaltung. Viele Verbandsfunktionäre waren längst der NSDAP beigetreten. Naturschützer*innen jüdischer Herkunft wurden hinausgedrängt – wie Benno Wolf, der 1943 in Theresienstadt ermordet wurde – und Jüdinnen und Juden wurde die Mitgliedschaft verboten. Die Natur- und Heimatschutzverbände wurden zeitweise im »Reichsbund Volkstum und Heimat« (1933-1935) unter der Führung von Werner Georg Haverbeck zusammengefasst, der später als Präsident der deutschen Sektion des »Weltbundes zum Schutz des Lebens« eine wichtige Rolle bei der Gründung der Grünen spielte. Organisationen aus dem Bereich der Lebensreform, wie der anthroposophische »Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise«, schlossen sich der faschistischen »Deutschen Lebensreform-Bewegung« an.

Neben Personal lieferte der Natur- und Heimatschutz Ideen für einen Naturschutz mit Alibifunktion. 1935 erließ Hermann Göring in seiner Funktion als Reichsforst- und Reichsjägermeister ein Reichsnaturschutzgesetz. In der Folgezeit wurden Naturschutzgebiete und Naturdenkmale ausgewiesen. Gleichzeitig bedeutete die Aufrüstungs- und Autarkiepolitik des NS-Regimes einen ungeheuren Landschafts- und Energieverbrauch sowie eine große Umweltzerstörung.

Mythos Wald

Schon während der napoleonischen Kriege entdeckten ‹Dichter und Denker› den Wald als Symbol deutschen Wesens, insbesondere deutscher Gemütstiefe und Naturverbundenheit, in Abgrenzung zu Frankreich. Wilhelm Heinrich Riehl (1853), der als Begründer der Volkskunde und Vordenker des Heimatschutzes gilt, konstruierte einen Zusammenhang zwischen Nationalcharakter und Umwelt, der weit über eine rationale Analyse der Zusammenhänge von Klima, Geographie, Wirtschaftsweise, sozialen Strukturen und Bewusstseinsformen hinausging. Engländer, Franzosen und Italiener galten ihm als urbane Nationen, kulturlos und ausgelebt, weil sie keine großen und gemeinschaftlich genutzten Wälder mehr hätten. Die »Amerikaner« bezeichnete er als zwar jugendliches, gleichwohl »entartetes Volkstum«, »mit ihrer vom Materialismus zersetzten Gesellschaft«. Eine Zukunft hätten nur die Deutschen, sofern sie den wildnishaften Wald als Sinnbild für die »Kraft des natürlichen, rohen Volkstums« bewahrten.

Diese Thesen wurden von den Völkischen zugespitzt. Sie behaupteten einen »blutsmäßigen Zusammenhang« von Volk und Wald und attackierten »Fremdstämmige« als Wald- und Volksfeinde. Die Deutschen wurden zum Waldvolk stilisiert, die Slawen als Steppenvolk diffamiert, unfähig zur Gestaltung einer Kulturlandschaft. ‹Die Juden› wiederum hätten als Nomaden- und Wüstenvolk überhaupt keinen Bezug zur Natur. Die Nationalsozialisten versprachen anstelle eines jüdisch-kapitalistischen Raubbaus eine »naturgemäße Waldbewirtschaftung«. Tatsächlich wurde die Ausbeutung des Waldes nach 1933 verschärft. Die Fällungen gingen vorübergehend zurück, nachdem die Deutschen weite Teile Europas erobert hatten und die dortigen Wälder plünderten.

Getreu der Blut-und-Boden-Ideologie betrachteten Natur- und Heimatschützer das Erscheinungsbild des eroberten »Lebensraums« in Osteuropa als undeutsch. Architekten und Landschaftsplaner entwickelten im Auftrag der SS detaillierte Pläne, wie diese Gebiete nach der Vertreibung der polnischen Bewohner*innen durch neue Dörfer, Wälder und Hecken so umzugestalten wären, dass sie dem Gemüt deutscher Siedler*innen entsprachen. Der Landschaftsarchitekt Heinrich Wiepking-Jürgensmann wurde 1941 zum Sonderbeauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums ernannt, um Vorschläge im Rahmen des Generalplans Ost auszuarbeiten. Er formulierte den inneren Zusammenhang zwischen ‹Rasse› und Landschaft folgendermaßen: »Die Morde und Grausamkeiten der ostischen Völker sind messerscharf eingefurcht in die Fratzen ihrer Herkommenslandschaften.«

Kulturgut Autobahn

Der Landschaftsarchitekt Alwin Seifert war seit 1934 zusammen mit anderen Architekten und Planern aus den Natur- und Heimatschutzverbänden, darunter etlichen Anthroposophen, an der Gestaltung der neuen Autobahnen beteiligt. Als Jugendlicher war Seifert beim »Wandervogel«. Er sympathisierte mit der biologisch-dynamischen Landwirtschaft und entwickelte ein Faible für Kompost, was ihm den Spitznamen »Herr Muttererde« eintrug. Inwieweit Seifert in die Experimente der SS mit biologisch-dynamischen Methoden im KZ Dachau verwickelt war, ist noch nicht erforscht. Seifert sorgte dafür, dass Seiten- und Mittelstreifen der Autobahnen mit »heimischen« Pflanzen begrünt wurden, während er »fremdländische« Gewächse verabscheute. Er bekam später den pompösen Titel »Reichslandschaftsanwalt«.

Die Autobahnen hatten für die Nationalsozialisten enorme propagandistische Bedeutung, nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze. Sie sollten als »Straßenbaukunst« demonstrieren, wie der Nationalsozialismus Natur und Technik versöhnte. Der ‹Volksgenosse› sollte im neuen KdF-Wagen aus Wolfsburg beim »Autowandern« auf den Straßen des Führers eine Landschaft genießen, die als Quelle völkischer Kraft galt. Wurde die Eisenbahn mit ihren schnurgeraden Strecken als »liberalistische Maschinen-Landschaft« gedeutet, sollte die Straße »organisch« in die Landschaft eingefügt werden. Deshalb wurden geschwungene Trassen favorisiert und markante Aussichtspunkte wie der Irschenberg auf der Vorzeigestrecke München-Rosenheim einbezogen. Bei der Anlage von Rasthäusern sollten örtliche Baumaterialien und Stilformen berücksichtigt, beim Brückenbau Naturstein verwendet werden, wofür Paul Bonatz herangezogen werden sollte. In der Realität blieb es bei Brücken allerdings oft bei Betonkonstruktionen, da diese billiger waren.

Nach dem Krieg setzten Nazis und Nazikollaborateure aus Lebensreform- und Heimatschutzbewegung ihre Karrieren fort, etliche wurden mit Verdienstorden ausgezeichnet. Seifert wurde Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des »Bundes Naturschutz«. Er gehörte zu den - ausschließlich männlichen - Unterzeichnern der Grünen Charta von Mainau (1962), die als ein Gründungsdokument des Umweltschutzes gilt.

Von Peter Bierl erscheint demnächst »Heimat – Absage an einen deutschen Mythos« (Edition Critic). Zuletzt hat er die Bücher »Einmaleins der Kapitalismuskritik« (Unrast-Verlag 2018) und »Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts« (Unrast-Verlag 2014) veröffentlicht.

Polarisierung, Desinformation und Hass

von Karsten Smid

Der Parteichef der »Alternative für Deutschland« (AfD), Alexander Gauland, kündigte Ende September 2019 an, die Partei werde sich künftig verstärkt auf den Protest gegen die Klimaschutzpolitik konzentrieren. Die AfD habe hier ein »Alleinstellungsmerkmal«, denn alle anderen Parteien würden »den Irrsinn mitmachen«, den die schwedische Klimaschutz-Aktivistin Greta Thunberg anheize.
Mit rechtspopulistischen Hetzzeitschriften, gesteuerten Trollarmeen im Internet und Eigenproduktionen auf YouTube wie »Dieseltod im Ökowahn« sowie mit Unterstützung von betagten Klimaleugner*innen erschafft die AfD derzeit eine eigene Sphäre, deren Wirkung massiv unterschätzt wird. Nicht nur in den sozialen Netzwerken zeigt die Offensive von rechts Wirkung. Im Vokabular der »Neuen Rechten« ist Klimaschutz »links«, wird Wissenschaft »Ideologie« genannt, heißt das Einhalten von gesellschaftlichen Regeln und Gesetzen »Ende der individuellen Freiheit«, und vorausschauendes und nachhaltiges Handeln wird verunglimpft als »Ökodiktatur«. Die organisierte Klimaleugner*innen-Szene ist eine heterogene Gruppe von bezahlten Kohle-Lobbyist*innen, rechtspopulistischen Funktionär*innen der AfD und von Verschwörungstheoretiker*innen, bis hinein in rechtkonservative Kreise von CDU und FDP sowie hetzenden Freizeitblogger*innen. Den Rechtspopulist*innen geht es dabei nicht um eine inhaltliche Debatte. Es geht ihnen um eine fundamentale Ablehnung der etablierten Institutionen und die Zerstörung von wichtigen gesellschaftlichen Strukturen wie Journalismus und Wissenschaft.

Die »Tabakstrategie«: Zweifel streuen

Die Klimaleugner*innen wenden dabei die »Tabakstrategie« an. In den 1990er Jahren wurden in den USA wissenschaftliche Tatsachen diskreditiert, die einen Zusammenhang zwischen Tabakkonsum und Krebs aufzeigten. Die Methode lautete: Zweifel säen und eine Kontroverse am Leben erhalten, die gar nicht existiert. Normale Unsicherheiten bei wissenschaftlichen Ergebnissen wurden instrumentalisiert, um Einfluss auf die politische Debatte auszuüben. Ein Ziel bestand darin, die wissenschaftlichen Grundlagen für Umwelt- und Gesundheitsschutz zu unterminieren, indem generell Wissenschaftler*innen in diesen Bereichen unglaubwürdig gemacht wurden. Die Tabakkampagnen waren ein Lehrstück über die Macht der Industrielobby und ihrer Handlanger*innen aus Politik und Wissenschaft und ein Beweis dafür, wie erschreckend einfach es möglich ist, mit unlauteren Absichten selbst seriöse Medien zu beeinflussen und mit nachweislich falschen Informationen zu »füttern«.
Dabei ging es nie darum, die andere Seite zu überzeugen. Der Sinn bestand allein darin, Zeit zu gewinnen. Politik und Öffentlichkeit sollte der Eindruck vermittelt werden, dass es noch zu früh sei, sich mit einer Entscheidung festzulegen. Dieser Zeitgewinn war exakt der ökonomische Gewinn der interessierten Unternehmen, die diese Think Tanks finanziell unterstützen.

Internationale Vorbilder

In den USA haben die millionenschweren Desinformationskampagnen der Ultrakonservativen eine lange Tradition. Polarisation ist eine effektive Strategie, um Kontroversen zu erzeugen, Zweifel zu streuen und Fortschritt zu verzögern. Lobbying gilt als ein wichtiger Faktor für den Erfolg oder Misserfolg der Klimaschutz-Gesetzgebung. Eine Studie von Professor Robert Brulle schätzt die Ausgaben für Lobbyarbeit im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zum Klimawandel im US-Kongress von 2000 bis 2016 auf über zwei Milliarden US-Dollar.
Die Brüder Charles und David Koch, die Inhaber von Koch Industries, gehören zu den reichsten Amerikanern und mächtigsten Strippenziehern der Neokonservativen. Stiftungen von Koch Industries, ExxonMobil und anderen Finanziers spenden an die ultrakonservative »Tea Party« für deren Attacken auf Klimawissenschaftler*innen. Denkfabriken der Rechten wie das »Heartland Institute«, das »Committee for a Constructive Tomorrow« (CFACT) und »Americans for Prosperity« haben zum Ziel, politische Initiativen bei Klimaschutz und Luftreinhaltung zu verzögern oder zu blockieren. Dabei werden die millionenschweren Geldflüsse über den Weg der Stiftungen verschleiert und gelangen über dubiose Kanäle zu den Fake-Kampagnen der Leugner*innen-Szene. Die am längsten bestehende US-Anti-Klimaschutz-Koalition, die »Cooler Heads Coalition« (CHC), beschreibt sich selbst als »informelle ad-hoc-Gruppe, die sich darauf konzentriert, die Mythen der globalen Erwärmung zu zerstreuen (...)«. Mit anderen Worten: eine Koalition von Organisationen, die Klimaschutz ablehnt und seit 1997 daran arbeitet, die Umsetzung einer wirksamen Klimapolitik zu verhindern.
Bei dem unkontrollierbaren Geflecht aus Lobbygruppen, die nicht den Regeln der Parteienfinanzierung unterworfen sind, handelt es sich um die größte Spendensammelmaschine der Rechten. Ein verschachteltes System aus Organisationen, das allein im Wahlkampf 2012 hunderte Millionen Dollar für rechte und neoliberale Propaganda und Stimmungsmache gegen Klimaschutz investierte.
Es waren auch die von Exxon und Koch finanzierten Leugner*innen, die Trump dazu drängten, das Pariser Klimaabkommen aufzukündigen. Myron Ebell gilt mit seinen verbalen Attacken gegen Klimaforscher*innen als einer der schillerndsten Klimaleugner der



Proteste gegen die Leugnung der menschengemachten globalen Erwärmung beim Climate March im April 2017 in Washington, D.C.

USA. Ebell ist Direktor des Zentrums für Energie und Umwelt des »Competitive Enterprise Institute« (CEI) und einer der vehementesten Fürsprecher des freien Marktes und Gegner von Umwelt- und Klimaauflagen. Er ist Vorsitzender der CHC und leitete zudem Donald Trumps Aktionsteam zur Reform der US-Umweltbehörde EPA und galt als einer der Strippenzieher, der Präsident Donald Trump überzeugte, sich vom Pariser Klimavertrag zu verabschieden.
Ebell ist nicht nur in den USA ein gern gesehener Gastredner, auch die deutschen Klimaleugner*innen vom »Europäischen Institut für Klima & Energie« (EIKE) wollen ihn auf ihrer kommenden Tagung im November 2019 in München per Videokonferenz zuschalten. Hauptsponsor der jährlichen Veranstaltung der deutschen Klimaleugner*innen ist erneut das amerikanische »Heartland-Institute«.

Die Zerstörung gesellschaftlicher Grundpfeiler

Mit der Strategie, den menschengemachten Klimawandel einfach zu leugnen, stellen Lobbyist*innen wie Rechtspopulist*innen einen funktionierenden Mechanismus moderner Gesellschaften in Frage: die Rolle naturwissenschaftlicher Expertise in der politischen Entscheidungsfindung. Pseudo-Expert*innen, die eine quer zum Stand der Forschung liegende Meinung vertreten, bekommen eine Bühne, Daten werden selektiv herausgepickt, unerfüllbare Anforderungen an wissenschaftliche Forschung gestellt und im Zweifel Verschwörungstheorien vertreten. Ebenso gehört der Rückgriff auf Falschdarstellungen, logische Fehlschlüsse und die ständige Wiederholung längst widerlegter Behauptungen zum Handwerkszeug bei der Konstruktion von »Alternativen Fakten« und »gefühlten Wahrheiten«.
Die Rechtspopulist*innen zielen darauf ab, die gesellschaftliche Verständigung zu einem entscheidenden Thema zu zerstören. Sie leugnen nicht nur allgemein akzeptierte Fakten, sie bezeichnen auch die Anderen als Lügner. Damit greifen sie neben den Wissenschaftler*innen auch die Journalist*innen (»Lügenpresse«) an.

Hass in den sozialen Medien

Es handelt sich in vielen Fällen um gezielte Versuche, Klimaaktivist*innen unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Dabei existiert ein starkes Ungleichgewicht in den sozialen Netzwerken. Journalist*innen müssen Presserechte einhalten und sind zu sorgfältiger Recherche verpflichtet. In den sozialen Medien zählt das nicht. Die AfD ist hier aus zwei Gründen die am stärksten vertretene Partei: Zum einen hat sie einen Grund, die normalen Medien zu umgehen, da dort aus ihrer Sicht die staatsfinanzierte »Lügenpresse« publiziert. Zum anderen hat sie hyperaktive Nutzer*innen, die jeden Post der AfD liken. Dabei generieren beleidigende populistische Posts besonders viele Likes und Klicks. Populistische Propaganda, die zum Algorithmus von Facebook, Twitter und Instagram passt.

Die extreme Rechte hat die Ebene der Fakten längst verlassen, sie will Wut und Hass schüren. Soziale Netzwerke ermöglichen die gezielte Verbreitung von propagandistischen Informationshäppchen. Mit systematisch geplanten Desinformationskampagnen werden vorsätzlich irreführende Inhalte oder Halbwahrheiten in falschen Zusammenhängen beziehungsweise verschwörerischen Verknüpfungen in Umlauf gebracht. So tauchen in den sozialen Medien manipulierte Bilder auf, die George Soros zusammen mit Greta Thunberg zeigen, um die Erzählung einer jüdischen Weltverschwörung zu propagieren.
In dem verschwörungsideologischen Querfront-Magazin »Compact« der Rechtspopulist*innen, einem Sprachrohr der AfD, schreibt Chefredakteur Jürgen Elsässer zum Titelthema vom April 2019 »Greta nervt – Klimahysterie als Ersatz-Religion« über »die Heilige der neuen Klimareligion«. Im Magazin erscheint auch ein Artikel über den »Aufstand der Zahnspangen-Jugend« (gemeint ist Fridays for Future), verknüpft mit einer schrägen Geschichte über antike Opferkulte und das Vergießen von schuldlosem Kinderblut, um zornige Götter zu besänftigen. Und in der Compact- Spezialausgabe »Klimawandel – Fakten gegen Hysterie« werden alter Brei und längst widerlegte Thesen zum menschengemachten Klimawandel wieder aufgewärmt. Dort kommt auch EIKE-Präsident und Exekutiv-Direktor des Netzwerkes CFACT Europa, Holger Thuss, mit einem Interview aus dem Jahr 2009 zu Wort.

Wissenschaftliche Scheinseriosität in Anhörungen

Die AfD-Fraktion und ihr umweltpolitischer Sprecher, Karsten Hilse aus Sachsen, veranstalteten am 15. Mai 2019 ein »Alternatives Klimasymposium« im Deutschen Bundestag mit altgedienten internationalen Klimaleugner*innen. Der Vortrag von Lord Christopher Monckton stellte mal wieder die Grundlagen der Klimaphysik in Frage. Professor Henryk Svensmark wärmte die alte These der Sonnenfleckenzyklen auf. Thomas Wysmüller aus den USA bezweifelte den Anstieg des Meeresspiegels als Folge der Klimaerwärmung. Und der Glaziologe Professor Gernot Patzelt wiederholte zum x-ten Mal seine längst widerlegte These, dass die Gletscherschmelze natürlichen Ursprungs sei. In der anschließenden »Fachdiskussion« wurde über mögliche Zusammenhänge zwischen dem gehäuften Auftreten von Kornkreisen und der Hitzewelle 2003 gefachsimpelt. In diesem Punkt konnte Lord Monckton überzeugend darstellen, dass zumindest die Kornkreise menschengemacht sind.
An der Organisation der Anhörung beteiligt war auch EIKE-Vizepräsident Michael Limburg. So missbraucht die AfD den Deutschen Bundestag als Bühne für die Verbreitung ihrer Klimalügen: Sie lädt Fake-Expert*innen zu sogenannten Fachsymposien über Klimawandel, generiert Inhalte mit wissenschaftlicher Scheinseriosität und verbreitet sie massenhaft über die von ihnen dominierten Social Media-Kanäle. Hilse äußerte sich 2018 im Bundestag, die AfD sage »hier und heute der Irrlehre des von Menschen gemachten Klimawandels den Kampf an«, für die es keine Beweise gebe, und forderte anschließend »den Ausstieg aus allen diesbezüglichen nationalen und internationalen Verträgen und Gremien«. In seinem Abgeordnetenbüro beschäftigte er unter anderem Michael Limburg, der auch am Klimateil des AfD-Wahlprogramms mitschrieb.
Der umtriebige Bundestagsabgeordnete Hilse mischte sich auch unter die Klimademo von Fridays for Future und verteilte ein AfD-Klimaquiz mit Suggestivfragen. Die irreführenden Fragen des Schüler-Klimaquiz hat Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Institut für Klimafolgen (PIK) klimawissenschaftlich kritisch analysiert. Doch Hilse behauptet wahrheitswidrig auf seiner Facebook-Seite: »Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung bestätigt Fakten des AfD-Klima-QUIZ!«
Die Internetplattform »Klimafakten.de« kommt in einer Untersuchung des Grundsatzprogramms der AfD zu dem vernichtenden Fazit, dass es zum Thema Klimaschutz fast keine Aussage enthält, die mit dem Stand der Forschung zum Klimawandel vereinbar ist. Stattdessen finden sich in erheblicher Zahl eklatant falsche und irreführende Aussagen, über die in der Wissenschaft seit längerer Zeit ein nahezu vollständiger Konsens herrscht.

EU-Klimapolitik torpedieren

Bereits heute sitzen extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in sieben nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten. Nach einer aktuellen Untersuchung der Berliner Denkfabrik »adelphi« kommt im Europäischen Parlament allein die Hälfte aller Gegenstimmen bei Resolutionen zu Klima und Energie aus dem rechtspopulistischen Parteienspektrum. Insbesondere die deutsche AfD, französische »Rassemblement National«, italienische »Lega Nord«, britische UKIP und die niederländische PVV stimmen systematisch gegen eine konsequente Klimapolitik. Sieben von 21 rechtspopulistischen Parteien leugnen den Klimawandel, seine menschengemachten Ursachen oder negativen Folgen. Mit dem wachsenden Einfluss von Rechtspopulist*innen in der Europäischen Union steigen auch ihre Möglichkeiten, die europäische Klimapolitik zu torpedieren. So wurde auch die internationale »CLEXIT« (Climate Exit)-Initiative von der Brexit-Entscheidung des britischen Volkes inspiriert, sich dem sogenannten »zunehmend diktatorischen Zugriff der EU-Bürokratie« zu entziehen.
Zusammenfassend lässt sich sagen: Durch die Strategien der Rechtspopulist*innen, Klimaleugner*innen und rückwärtsgewandten Energielobbyist*innen wächst die Gefahr, dass überlebenswichtige Klimaschutzgesetze zu spät, zu halbherzig oder gar nicht beschlossen werden. Die Wissenschaft und die freie Presse haben als unabhängige Institutionen in einer Demokratie eine enorme Bedeutung. Wir müssen sie gemeinsam gegen die »alternativen Wahrheiten« von rechts verteidigen. Wir müssen uns gegen rechtspopulistische Hasstiraden, verdrehte Tatsachen, und Fake-Wissenschaft aktiv zur Wehr setzen und die dahinter liegenden Strategien entlarven. Wir müssen uns dagegenstemmen, wenn die AfD und die Neue Rechte versuchen, sich als Opfer einer angeblichen »Meinungsdiktatur« zu inszenieren. Meinungsfreiheit braucht den demokratischen Grundkonsens, Fakten auch als Fakten anzuerkennen. Oder anders: Jede*r hat ein Recht auf eine eigene Meinung, aber niemand ein Recht auf eigene Fakten.

#Anastasia

Ideologie, Fiktion – Realität

von Andreas Speit

Die Chorgruppe im Harz steht vor einer Zerreißprobe. Bis zu sechs neue Mitglieder möchten in der Heimatgruppe in Elbingerode, einem Ortsteil von Oberharz am Brocken, mitsingen. Ein Zulauf, der erfreuen könnte. Doch nicht alle Mitglieder sind darüber froh: Denn die Interessierten kommen aus der »Anastasia«-Bewegung. Im nahen Wienrode haben sie sich als Verein »Weda Elysia« angesiedelt. Nun befürchten Singende eine rechte Unterwanderung.
In einem anonymen Brief sollen Mitglieder der Heimatgruppe den Oberharzer Bürgermeister Ronald Fiebelkorn (CDU) um Hilfe gebeten haben. Über den Inhalt wollte Fiebelkorn gegenüber der »Volksstimme« am 5. November 2019 nicht ins Detail gehen. Der 57-Jährige bestätigte aber den Hilferuf. Durch ein Gespräch mit dem Chorleiter Udo Waskewitz hoffte er schnell eine Lösung zu finden. Doch dem war nicht so. Mit seinen Argumenten hätte er den Chorleiter nicht erreicht. »Er gebe lediglich Chorunterricht und interessiere sich nicht für die politische Einstellung der Mitglieder« gibt Fiebelkorn Waskewitz wieder. Der »Volkstimme« sagte der Leiter denn auch: »Wer bei mir singen will, den werde ich nicht ablehnen«. Bei den sinkenden Mitgliederzahlen sei er stets um neue Sänger*innen bemüht.

Erlösung aus dem Wald

Seit 2014 findet die »Anastasia«-Bewegung aus Russland in Deutschland immer mehr Anhänger*innen. Mit einer Buchreihe von Wladimir Megre, der eigentlich Wladimir Usakow heißt, begann die Bewegung. In den zehn Bänden mit Titeln wie »Anastasia – Tochter der Taiga« erzählt Megre von einer Begegnung mit einer geheimnisvollen Frau, 1994 auf einer Geschäftsreise. Diese fiktive Figur, Anastasia, dargestellt mit wallendem blonden Haar, mal nackt, mal mit einem Hauch von Nichts bekleidet, lebt im Einklang mit der Natur. In der russischen Taiga soll die Nachfahrin des uralten Volksstammes der Wedrussen, die mit Tieren und Pflanzen kommunizieren kann und telepathisch mit ihnen verbunden sei, von Eichhörnchen mit Nüssen versorgt werden. Die Fiktion, zwischen 1999 bis 2011 in deutscher Sprache erschienen, verschmilzt in der Bewegung zur Realität – mit Weltordnungen und Lebensregeln. Die Basis bilden »Familienlandsitz-Siedlungen«, auf denen autark gelebt werden soll.

Hof im Harz

Auf der Webseite von »Weda Elysia«, die sehr grün gehalten ist, werben Maik Meinhard Schulz und Aruna-Maria Schulz für das Siedlungsprojekt. Die Namenswahl hat selbstverständlich eine Botschaft: »Weda« steht im Nordischen für Weisheit, »Elysia« heißt im Griechischen so viel wie Ort der Seligen. Im Februar 2019 bot eine »Weda-Elysia«-Akademie ein Seminar für »Landsitzgestalter« an, die einen eigenen »Stammlandsitz« innerhalb einer Familienlandsitz-Siedlung aufbauen möchten. Zu den Themen zählen »wie Brauchtum und kulturelles Leben die Gemeinschaft fördern« und wie die »Partnerschaft von Mann und Weib als Grundlagen der Stammesgründung« gelebt werden müsste. Vier Tage kosten 250 Euro pro Person; die ganze Familie zahlt 450 Euro. Die Kombination Brauchtum und Partnerschaft deutet schon an, dass keine alternative Lebensweise mit emanzipatorischen Bemühungen jenseits der kalten Geld-Waren-Welt gesucht und gelebt wird – auch wenn die einfachen Zeichnungen auf der Webseite in warmen Farben eine vormoderne schöne neue Welt darbieten. Laut dem Fernsehmagazin Kontraste soll der »freie Baumeister« Schulz im interessierten Kreis gesagt haben: »Das ist der letzte Versuch, die Rasse noch zu retten«.

Religion aus dem Bastelkasten

In dem Epos von Megre wird nicht bloß ein Leben auf etwa einem Hektar Land als Erlösung empfohlen. Auf dem Land sollen Vater und Mutter »erbgesunde Kinder« zeugen. Der Partner dürfte nicht von einer anderen »Rasse« sein. Die Frauen sollten sich keusch verhalten, Sex nur der Zeugung dienen. Homosexualität, sich ausprobieren ist verpönt. »Anastasia« ist auch »unbegreiflich, wie die dunklen Kräfte es schafften, die Frauen (...) zu verdummen, dass sie ahnungslos die Männer mit ihren Reizen anziehen« und nicht die »richtigen« Männer wählen würden. Fatal, auch weil die Anhänger*innen überzeugt sind, dass der erste Sexualpartner einer Frau die später gezeugten Kinder mit prägen würde. Diese These der Telegonie fabulierten Rechte schon im 19. Jahrhundert. In der esoterisch-völkischen »Anastasia«-Saga taucht im sechsten Band das »jüdische Volk« auf, das »vor den Menschen schuld habe« weil sie versuchten »alle zu betrügen, vom Jungen bis zum Alten«. Die Welt sei auch von einem jüdischen »Oberpriester« beeinflusst – beziehungsweise beherrscht.
Bis zu zwölf Höfe soll die Bewegung unterhalten. In Grabow, einem kleinen Dorf in Brandenburg, haben sie sich angesiedelt. Die Mitinitiatorin Iris Kraus erklärte unlängst: »Wir sind uns einig, dass unser Dorf frei bleibt von illegalen Einwanderern, die derzeit unser Land überfluten«. Sie wünscht sich eine Bürgerwehr.
Bei diesen antimodernen Aussteiger*innen verwundern Kontakte zu »Identitären«, »Sturmvögeln«, »Reichsbürgern« und Holocaustleugner*innen nicht. Im Oberharz ist noch ungewiss, ob die Bewegung über den Chor mehr Akzeptanz finden kann.

#FridaysForFuture

»Das ist derselbe Kampf«

Kaja (16) ist in der Fridays-for-Future-Ortsgruppe Hannover organisiert. Für »der rechte rand« sprach Mark Roth mit der Aktivistin.

drr: Ihr geht seit Monaten auf die Straße und bekommt dafür viel Zuspruch. Gleichzeitig werdet ihr hart angegriffen. Redet ihr darüber?
Kaja: Ja, wir hatten in Hannover schon mehrfach die Situation, dass die »Klimakontroverse«, das sind Klimawandelleugner*innen, eine Gegenkundgebung parallel zu unseren Aktionen durchgeführt hat. Da haben wir darüber diskutiert. Und als wir letztens eine Anhörung im Rathaus hatten, da hat die AfD auch gegen uns gesprochen.

Ihr seid ja teilweise echt jung und zum Beispiel Greta ist auch oft persönlich angegriffen worden. Wie geht ihr damit um?
Wenn sowas ist, schreiben wir das in unseren internen Info-Channel oder reden privat darüber. Aber wir sind alle so am Limit mit der Arbeit, dass wir gar keine Zeit haben, uns darüber Gedanken zu machen.

Aber ihr hattet doch ein Seminar dazu?
Das war nicht von uns direkt. Einige befreundete Aktivistis haben eine Jugendkonferenz organisiert, für andere Aktivist*innen, die wir auch über unsere Kanäle beworben haben. Da ging es gegen Klimawandel, Nazis und Kapitalismus. Wir sehen, dass gerade viele Jugendliche hinter uns stehen und sich dafür interessieren, was wir sagen. Und wir versuchen, sie auch in anderen Themenfeldern zu politisieren. Deshalb bewerben wir sowas dann auch. Und weil Antifaschismus und Klimagerechtigkeit zusammengehören.

War das für dich immer so?
Nein, gar nicht. Ich bin jetzt seit ungefähr einem Jahr aktiv und mir war vorher nicht klar, dass Antifaschismus, Feminismus und Klimawandel alles zusammengehört und auch wichtig ist. Wir können nicht sagen, wir wollen Klimagerechtigkeit, ohne aber Antifaschismus und Feminismus zu beachten. Wir wollen ja eine offene Gesellschaft, für alle, und gleichzeitig muss die Klimakrise bekämpft werden. Das ist total schwierig: Einerseits brauchen wir radikale Maßnahmen, andererseits wollen wir die ganze Gesellschaft mitnehmen. Diesen Spagat müssen wir irgendwie schaffen. Aber ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg, weil FFF breit unterstützt wird. Klar gibt es Gegenwind, aber grundsätzlich kriegen wir total viel Zuspruch. Und den meisten ist, glaube ich, klar, dass der Kapitalismus maßgeblich Schuld am Klimawandel hat. Das ist kein Geheimnis, wer darüber nachdenkt, kommt da auch drauf.

Euer Hauptthema ist Klima. Aber ihr gendert, ihr liked Seenotrettung, seid gegen Rassismus. Ist das jetzt das Ergebnis eines Jahres?
Also ich war vorher stark antifaschistisch interessiert und das Klima-Thema kam erst später dazu. Aber ich würde schon sagen, dass es total viele Menschen auf allen Ebenen politisiert hat und da nicht nur die Klimakrise im Vordergrund steht.

Nochmal zurück auf die Anfeindungen. Ihr werdet ja teilweise von politischen Schwergewichten angegriffen. Nicht nur von der AfD, auch von Leuten wie Christian Lindner.
Ich glaube, die Politiker*innen merken auch, dass wir gerade viel Zuspruch bekommen, viel Energie haben und viele Menschen auf die Straße bringen. Das macht denen irgendwo Angst. Die Fakten kann auch ein zehnjähriges Kind verstehen. Ich halte das für eine Strategie, uns kleinzureden und das Problem nicht anzuerkennen.

Schüler*innen in Hamburg standen ja auch schon im Fokus der AfD, im Rahmen des Meldeportals. Gibt es da ein »Wir-Gefühl«?
Ja, auf jeden Fall. Generell ist das »Wir-Gefühl« in der Fridays-for-Future-Bewegung total stark. Und auch wenn ich mir den Kampf von Antifaschist*innen weltweit angucke, fühle ich mich denen verbunden. Deren Kämpfe sind auch unsere Kämpfe.

Wo siehst du noch Überscheidungen zu anderen Kämpfen?
Wir hatten schon Workshops zum Thema »Klimakrise/ Kapitalismus – wie gehört das zusammen?«. Rojava ist für die Klimagerechtigkeitsbewegung auch ein großer Punkt. Die haben dort versucht, eine demokratische, feministische und klimagerechte Gesellschaft aufzubauen. Und wenn die angegriffen werden, ist das auch ein Angriff auf die Klimagerechtigkeitsbewegung.

Bringt ihr die anderen Themen auch auf euren Freitagsdemos ein?
Auf der letzten Demonstration haben Kurd*innen über Rojava gesprochen. Wir haben auch antikapitalistische Redebeiträge. Wir versuchen, das langsam reinzutragen, um die Leute mitzunehmen. Meine Klassenkamerad*innen denken zum Beispiel beim Stichwort »Antifa«: »Das sind doch die linksextremen Spinner« – denen muss man erstmal sagen, was das ist und was das bedeutet.

Jetzt gibt es parallel die Mobilisierung zur Aktion von »Ende Gelände« in der Lausitz und zum AfD-Parteitag in Braunschweig. Was macht ihr da?
Die Trennung sollte man nicht machen: Diejenigen, die zu »Ende Gelände« fahren, interessieren sich fürs Klima und diejenigen, die zum AfD-Parteitag fahren, für Antifaschismus. Eigentlich gehört das doch alles zusammen. Das ist derselbe Kampf, der gekämpft werden muss. Wir brauchen Menschen bei »Ende Gelände« und wir brauchen Menschen bei den Aktionen und Blockaden gegen den AfD-Parteitag.

Vielen Dank für das Gespräch!



Fridays for Future zum #Klimastreik

»Naturschutz ist Heimatschutz«

Ökologie als Thema der extremen Rechten von den 1950er Jahren bis heute

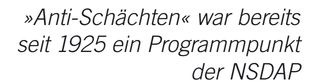
von Lucius Teidelbaum

Teile der extremen Rechten beschäftigen sich schon länger mit dem Thema Ökologie. Neben Parteien und Organisationen, die Umweltthemen phasenweise aufgriffen, existierte immer auch eine (extreme) Rechte, für die das Thema grundlegend war und ist: Die ökologische Rechte. Zumindest bei Letzteren verfängt der Vorwurf nicht, ein populäres Thema nur aus Eigennutz aufzugreifen.
Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Ökologie lange Zeit eher konservativ und teilweise auch völkisch geprägt war, auch wenn sich daneben noch weitere Wurzeln ausgraben lassen.
Vorläuferin der heutigen Ökologie-Bewegung war die Heimatschutz-Bewegung, inspiriert unter anderem vom völkischen Schriftsteller Hermann Löns. Mit »Heimatschutz« war der Schutz der vertrauten – nicht nur natürlichen – Umwelt gemeint. Zum Heimatschutz werden neben dem Naturschutz auch der Landschaftsschutz, der Denkmal- oder der Traditionsschutz gezählt.
Die ab den 1890er Jahren entstehende und völkisch durchsetzte Lebensreformbewegung verzahnte sich stark mit dieser Heimatschutzbewegung. Gemeinsamkeiten lagen im Antimodernismus, der Großstadt- und Technik-Feindlichkeit einerseits und dem verklärten und romantisierten Blick auf Land und Wald. Gerade der deutsche Wald wurde von den Germanentümler*innen mythisch aufgeladen. Inhaltliche Fortführungen dieser Einstellungen existieren bis heute.
Der Nationalsozialismus integrierte die völkischen und die bürgerlichen Naturschützer*innen in seine Herrschaft. Auch die bürgerlichen Verbände wie der »Bund für Vogelschutz« vollzogen widerstandslos ihre »Arisierung« und ihre Gleichschaltung nach dem Führer-Prinzip. Nach 1945 kam es, wie in anderen Bereichen auch, zu personellen Kontinuitäten vom Nationalsozialismus und den völkischen Lebensreformer*innen aus der Weimarer Republik in die junge Bundesrepublik.
Werner Georg Haverbeck (1909-1999) ist dafür ein anschauliches Beispiel. Der Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinschaft konnte auf eine lange NS-Karriere zurückblicken. Er war NSDAP-Mitglied seit 1926, ab 1929 Mitglied in der HJ-Reichsleitung und half Rudolf Heß, mit dessen 1933 gegründetem »Reichsbund Volkstum und Heimat« (RVH), die Kontrolle über die Naturschutzbewegung zu gewinnen. 1934 fiel Haverbeck einem internen Machtkampf zum Opfer und wurde kaltgestellt. Später begann er eine zweite Karriere in der Wissenschaft und arbeitete ab 1940 beim Auswärtigen Amt.
Im Jahr 1963 gründete er zusammen mit seiner späteren Ehefrau Ursula Wetzel, derzeit wegen Volksverhetzung inhaftiert, den Verein »Collegium Humanum« (CH) als »Akademie für Umwelt und Lebensschutz« in Vlotho in NRW. Diese avancierte bis zum Verbot im Mai 2008 zu einem extrem rechten Zentrum mit dem Schwerpunkt Holocaustleugnung.
»Lebensschutz« wurde als Oberbegriff für Naturschutz, Tierschutz und Menschenschutz verstanden, der auch eine Art »Völkerschutz« mit beinhaltete. Die Sorge um die »Volksgesundheit« führte auch zur Ablehnung von Atomkraftwerken, da sie das gesunde deutsche Erbgut schädigen könnten und im schlimmsten Fall einen »atomaren Volkstod« verursachen würden.
Von 1974 bis 1982 war Haverbeck Präsident des rechts-ökologischen »Weltbunds zum Schutz des Lebens« in Deutschland (WSL-D), der von 1960 bis 2001 existierte. In der Vorphase der Gründung der Grünen wirkten Haverbeck und der WSL-D auf die nationalneutralistische Partei »Aktion Unabhängiges Deutschland« (AUD) ein, die später mehrheitlich in den Grünen aufging.
Haverbeck wurde 1979 sogar Berater für Umweltschutzfragen des damaligen SPD-Ministers Egon Bahr. Doch Haverbeck war kein Einzelfall. Die 1961 formulierte »Grüne Charta von der Mainau« gilt heute als Gründungsdokument des bundesdeutschen Natur- und Umweltschutzes. Einer Untersuchung der Universität Mainz von 2014 zufolge waren etwa 68 Prozent der an der Charta beteiligten Personen in unterschiedlicher Weise im NS-Regime organisiert.
In der Nachkriegszeit war das Thema Ökologie längere Zeit kein gesellschaftlich relevantes. Der Startpunkt der neuen Umweltschutzbewegung wird häufig mit dem »Club of Rome«-Bericht von 1972 in Verbindung gebracht. Diese neue Umweltbewegung ab den 1970er Jahren war im Gegensatz zu ihrer Vorläuferin eher links dominiert, auch wenn es von Anfang an eine rechte Minderheit gab, die sich den gleichen Inhalten widmete. Diese Verhältnisse lassen sich gut am Beispiel der Grünen Partei nachvollziehen.

Die Geschichte der Grünen Partei und ÖDP

An der Wiege der Grünen, die damals der parlamentarische Arm starker Bürgerbewegungen war, standen auch (extreme) Rechte und Rechtskonservative. Darunter waren christliche Wertkonservative, Anhänger*innen des christlichen »Schöpfung Bewahren«-Gedankens, Nationalpazifist*innen und Nationalneutralist*innen und sogar »Nationalrevolutionäre«. Der in dem Motto »Nicht links, nicht rechts, sondern vorne« formulierte postideologische Anspruch machte die 1980 gegründete Partei anfällig für eine rechte Beteiligung. Ein Beispiel war Baldur Springmann (1912-2003). Der völkische Ökobauer gehörte 1978 zu den Mitbegründern der »Grünen Liste Schleswig-Holstein« (GLSH) und war 1980 Mitbegründer der Grünen. Springmann trat noch kurz vor seinem Tod im August 2003 auf dem Pressefest der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« auf.
Ein anderer rechter Gründungsvater der Grünen war Herbert Gruhl (1921-1993). Sein Buch »Ein Planet wird geplündert« von 1975 hat die Ökologie-Bewegung stark beeinflusst. Es beschreibt die Endlich-





»Anti-Schächten« war bereits seit 1925 ein Programmpunkt der NSDAP

keit der Ressourcen auf der Erde, beinhaltet aber auch menschenverachtende Positionen gegen die Bewohner*innen des globalen Südens. Gruhl war von 1975 bis 1977 Vorsitzender des wichtigen Umweltschutzverbandes BUND. Das ehemalige CDU-Mitglied Gruhl verfolgte einen rechten, scheinbar ökologisch begründeten Kurs, der sich im Inland gegen Geflüchtete und im Ausland gegen ärmere Länder im Süden richtete. Doch damit konnte sich Gruhl innerhalb der Grünen nicht durchsetzen. Im Oktober 1981 verlor der rechte Parteiflügel endgültig den innerparteilichen Kampf und verließ mehrheitlich die Partei. Gruhl gründete 1982 mit Gleichgesinnten eine eigene Partei, die »Ökologisch-Demokratische Partei« (ÖDP), die bis heute als christlich-konservative Alternative zu den Grünen besteht.
Der bereits erwähnte Haverbeck wurde 1982 wissenschaftlicher Berater und Mitglied im »Ökologischen Rat« der Partei. Die ÖDP wurde 1982 bis 1989 entscheidend von Gruhl programmatisch beeinflusst. Doch es entstand erneut ein innerparteilicher Konflikt, aufgrund der Versuche der Mehrheit, sich im Gegensatz zu Gruhl von der Partei »Die Republikaner« abzugrenzen. Im Februar 1989 beschloss der ÖDP-Parteitag eine Abgrenzung zur NPD und den Republikanern. Darauf traten Gruhl und der rechte Flügel aus. Als ÖDP-Rechtsabspaltung gründeten sich 1991 die überparteilichen »Unabhängigen Ökologen Deutschlands« (UÖD). In der UÖD-Grundsatzerklärung heißt es: »Nur wer sein eigenes Land liebt und pflegt und den Reichtum der Sprachen, Ethnien und Kulturen vor Zentralismus und multikultureller Vermassung schützt, achtet auch die Heimatliebe anderer Völker.« Doch auch die UÖD löste sich 2001 auf. Als »de facto«-Nachfolgerin existiert heute noch die 1999 gegründete rechts-ökologische »Herbert-Gruhl-Gesellschaft« (HGG), die allerdings kaum mehr wahrnehmbar, aber trotzdem noch aktiv ist.

Grünfärbung der Braunen: Ökologische Inhalte bei extrem rechten Parteien

Mit dem Aufkommen der ökologischen Frage in den 1970er Jahren bemühten sich extrem rechte Parteien, ihr Programm inhaltlich entsprechend zu erweitern.
So versuchten beispielsweise »Die Republikaner«, sich als grüne Partei zu inszenieren. Tatsächlich war in den 1980er Jahren die Ablehnung der Kernenergie eines ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen. Sie forderten, keine neuen Atomkraftwerke zuzulassen und alternative Energiequellen zu fördern. Auch die NPD entdeckte schon früh ihre Naturliebe, die aber natürlich immer eine »Blut und Boden«-Ökologie blieb. Sie griff ökologische Themen auf und interpretierte sie völkisch und nationalistisch (»Umweltschutz ist Heimatschutz!«). Die Partei nahm das Thema 1973 im Abschnitt »Volksgesundheit und Umweltschutz« in ihr neues »Düsseldorfer Programm« auf. Sie forderte, mittels ökologischer Bildung die »Volksgesundheit« der Deutschen zu erhalten. Im Jahr 1979 trat die NPD zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz sogar als »Grüne Liste« an. Bis heute wendet sich die NPD in ihren Programmen gegen Gentechnik in Lebensmitteln sowie gegen Massentierhaltung und Tierversuche. Im Bereich Tierschutz instrumentalisierten extrem rechte Parteien vor allem das »Schächten« als Thema gegen die muslimische und jüdische Minderheit. »Anti-Schächten« war bereits seit 1925 ein Programmpunkt der NSDAP. Später übernahmen NPD, DVU, Republikaner und zuletzt auch die AfD diese Forderung in ihre Programme.

Sorge um den deutschen Wald

Auch vom außerparlamentarischen Spektrum gab es immer wieder Versuche, Einfluss auf die ökologische Bewegung auszuüben. So versuchte das bis 2002 erscheinende nationalrevolutionäre Magazin »wir selbst« immer wieder, inhaltlich an die ökologische Bewegung anzuschließen. Auch rechte Neuheid*innen, die völkische Ludendorffer-Sekte, völkische Bündische wie der Freibund, reaktionäre Naturmystiker*innen oder Anhänger*innen des Zinskritikers Silvio Gesell (1862-1930) engagierten sich in der Öko-Szene. Daneben widmeten sich immer wieder auch einzelne Kameradschaften ökologischen Themen. So gab es etwa um 2006 bei den »Autonomen Nationalisten« eine Gruppe namens »Nationale Sozialisten AK Tierrecht« in Baden-Württemberg, die aber mit ihrem Veganismus in der Neonazi-Szene eine Minderheitsposition vertrat. Immer wieder wurde unter dem Primat »Alle für die Natur!« von extremen Rechten versucht, im Bereich Ökologie Querfronten anzustoßen.
Natur- und Umweltschutz diente Rechten immer auch als Legitimierung für eine rassistische Bevölkerungspolitik. Dabei wurden Geflüchtete zum Symbol für Überbevölkerung und Umweltverschmutzung. Im rassistischen »Heidelberger Manifest« von 1981 hieß es etwa in der ersten Fassung: »Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.«
Neben den rechten Einflussnahmen von außen oder den rechts-ökologischen Gruppen und Einzelpersonen gibt es aber auch bedenkliche Einstellungen in der ökologischen Mitte: Die Befürwortung von autoritären Maßnahmen zum Schutz der Natur, das Feindbild Mensch verbunden mit einer Überbevölkerungsprophetie und daraus resultierende menschenverachtenden Einstellungen wie Sympathie für Aids und Krieg auf Trikont.
Es ist stets daran zu erinnern, dass Ökologie nicht an sich links oder rechts, aber sinnvoll mit linken Theorien (Antikapitalismus) und linken Grundeinstellungen (Kosmopolitismus) verbunden werden kann und sollte. Umweltschutz als Heimatschutz ist dagegen sehr begrenzt, da er sich vorwiegend um den deutschen Wald sorgt und sich den notwendigen globalen Perspektiven verweigert.

#Bundestag

Die Fraktion der Klimaleugner*innen



Die »Alternative für Deutschland« im Bundestag leugnet offen die menschengemachte Klimakrise und versucht mit Verschwörungstheorien und Diffamierungen die Klimabewegung verächtlich zu machen. Das zeigt nicht nur ihre Wissenschaftsfeindlichkeit. Die Faschist*innen spielen bewusst Umwelt- und Klimaschutz gegeneinander aus. Sie knüpfen damit an die völkische Blut- und Bodenideologie der Heimatschutzbewegung und der Nationalsozialist*innen an.

von Sven-Christian Kindler

Seit 2017 gibt es im Deutschen Bundestag eine Partei, die offen rassistische und nationalistische Hetze verbreitet, eine pluralistische, demokratische Gesellschaft ablehnt und sich als parlamentarischen Arm der Klimaleugner*innen versteht. Letzteres hat die Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) in ihrer »Dresdner Erklärung« im Juli 2019 deutlich gemacht. Dort heißt es: »Ein besonders schneller oder starker Anstieg der globalen Mitteltemperatur ist derzeit nicht zu beobachten.« Danach erfolgt ein kruder Erguss darüber, CO_2 hätte keinen Einfluss auf das globale Klima mit der Schlusssfolgerung: Jede Maßnahme zum Klimaschutz sei unsinnig und Deutschland solle aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten.

Besessen vom Klima

So ist es kein Wunder, dass die AfD ihre wirre Anti-Klimapolitik auch in Bundestagsdebatten offenbart. Zu Anhörungen im Umweltausschuss lädt sie konsequent Klimaleugner*innen aus dem »Europäischen Institut für Klima und Energie« (EIKE) ein. Das EIKE ist entgegen der Selbstbezeichnung kein wissenschaftliches Institut, sondern ein kleiner eingetragener Verein, der die menschenverursachte Klimakrise leugnet und mit gezielten Desinformationen versucht, die Analysen der Klimawissenschaft zu diskreditieren. Im parlamentarischen Verfahren für den Bundeshaushalt forderte die AfD-Fraktion im Haushaltsausschuss, sämtliche Gelder für den Klimaschutz zu streichen.

AfD-Bundestagsabgeordneter Karsten Hilse spricht zum Thema Wolfsmonitoring im Plenum

Geradezu besessen durchkämmen die zuständigen Abgeordneten den Haushalt und stellen überall dort Kürzungsanträge, wo das Wort »Klima« als Begriff auftaucht. Bei der beantragten Streichung von Forschungsmitteln heißt es dann zum Beispiel in der Begründung: »Die Mittel für Klimaschutz wurden einseitig verwendet um nachzuweisen, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Das ist unwissenschaftlich (…) Deshalb sind die Mittel zu streichen.« 56 Millionen für die nationale Klimaschutzinitiative werden auf Null gesetzt mit der Begründung: zu teuer und nutzlos.

Diffamierung der Klimabewegung

In den klimapolitischen Debatten in den nicht-öffentlich tagenden Ausschüssen agiert die AfD ansonsten aber meistens eher unauffällig und zurückhaltend. Die sachbezogene Diskussion ist nicht ihr Ding. Es fehlt die große Bühne. Die Strategie der Faschist*innen ist der öffentliche Tabubruch im Plenum des Bundestages, um das Sagbare im Diskurs weiter nach rechts zu schieben. Karsten Hilse, Mitglied des Bundestags und Polizeibeamter aus Bautzen, verbreitete im Mai 2019 Verschwörungstheorien zu Fridays for Future und bezeichnete Greta Thunberg als »erkrankte junge Dame«.

Im September 2019 warf Hilse im Plenum Klimaschützer*innen vor, Greta Thunberg »als Legitimation für ihre kranke Politik (zu) benutzen«. Sie würden sich »zwar nicht juristisch, doch aber moralisch des Kindesmissbrauchs schuldig« machen. Lauter Beifall während der Rede bei der AfD, Protest und viele Zwischenrufe bei SPD, Grünen und Linke. Die Strategie dahinter ist es, Greta Thunberg und Fridays for Future verächtlich zu machen, zu infantilisieren und als fremd gesteuert darzustellen. Auffällig ist auch der Antifeminismus, der gerade den jungen Frauen der Klimabewegung im Bundestag durch die AfD entgegenschlägt.

Hilse in nichts nach steht Dirk Spaniel, Mitglied des Bundestags und ehemaliger Manager bei Daimler, der dort seit 2004 in verschiedenen leitenden Funktionen in der PKW-Entwicklung tätig war. In einer Rede im Juni 2019 unterstellte er den Medien den Willen einer grünen Bundesregierung durchzusetzen. Zum Schluss der Rede offenbarte er dann seine braune Gesinnung mit dem Slogan der Völkischen: »Umweltschutz ist Heimatschutz«.

»Blut-und-Boden«-Ideologie

Seit einiger Zeit versucht die AfD, sich als die wahren Umweltschützer*innen darzustellen. Ihre Logik: Klimaschutz gefährde Umweltschutz und damit die Heimat. Das ist nicht neu, insbesondere die deutsche Umwelt- und Naturschutzbewegung Ende des 19. Jahrhunderts war zu bedeutenden Teilen von der Heimatschutzbewegung und einem konservativen, antimodernen Weltbild geprägt. Rechte Ökolog*innen beriefen sich bereits früh auf die »Blut- und Boden«-Ideologie und einen völkischen Heimatbegriff. 1933 wurden dann die Naturschutzverbände gleichgeschaltet, das Reichsnaturschutzgesetz führte Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete ein. In dieser Tradition steht der Spruch »Umweltschutz ist Heimatschutz«. Folgerichtig werden in der »Dresdner Erklärung« der AfD Umweltschutz und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt. So heißt es dort: »Wir fordern zum Schutz von Flora und Fauna einen konsequenten Ausbaustopp von Windkraft- und Photovoltaikanlagen in unseren heimischen Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen.« Mit ihrem Widerstand gegen Windenergie unterwandert die AfD Bürgerinitiativen gegen Windkraft oder gründet selbst welche, um Protestpotential abzuholen und rechtsoffene, aber längst nicht mit geschlossen völkischem Weltbild auftretende Bürger*innen in den extrem rechten Kosmos einzuführen.

Innerer Konflikt

Innerhalb der Partei stehen sich beim Thema Umweltschutz widersprüchliche Interessen der Völkischen und Neoliberalen in der Fraktion gegenüber. Ihre inneren Widersprüche hemmen die AfD dabei, das extrem rechte Potential beim Thema Umweltschutz vollständig auszuschöpfen. Zum Artenschutz, einer der wichtigsten Fragen im Umweltschutz, steht in der »Dresdner Erklärung«: »Invasive Arten, die heimische Pflanzen und Tiere verdrängen oder schädlich für die Gesundheit sind, stellen ein Problem für unsere Ökosysteme und unsere Wirtschaft dar.« Diese Logik folgt dem rechten rassistischen Grundkonsens: Die »Fremden« sind schuld. Zu Umweltgiften aus der Industrie und Landwirtschaft – das wirklich große Problem für Artenvielfalt – steht in der Erklärung indes kein Wort. Das hat einen einfachen Grund. In der AfD-Bundestagsfraktion kämpft der völkisch-nationalistische Flügel mit der harten neoliberalen Strömung. Deren Ansatz findet sich in den ersten beiden Punkten der »Dresdner Erklärung«: »Entwickelte Industriestaaten benötigen einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie.« Und: »Eine Gemeinschaft muss sich Umweltschutz leisten können.« Extrem rechte Ökolog*innen reden nicht vom Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Ihre Idee vom Umweltschutz als Heimatschutz verbinden sie sonst mit regressiver Kapitalismuskritik und Antisemitismus.

Wissenschaftsfeindlichkeit als Konsens der AfD

Was die beiden Gruppen eint, ist ihre Wissenschaftsfeindlichkeit. Klimaaktivist*innen wird ein eigenes Profitinteresse unterstellt, während die »Studien« von Klimaleugner*innen, unter anderem finanziert von ExxonMobil und der Unternehmensgruppe »Koch Industries«, zu unabhängiger Wissenschaft verklärt werden. Im Bundestag findet die AfD damit kaum Anschluss. Nach außen bedient sie damit aber ihre Basis. Das Ziel der Strategie ist es, Zweifel zu säen. Bis in die Mitte der Gesellschaft hinein soll das Fundament gemeinsamer Fakten angegriffen werden. Rechte Ökolog*innen sind daher nicht nur im Parlament zu bekämpfen. Es sind unter anderem die Naturschutz- und Umweltschutzverbände, die sich gegen rechte Vereinnahmung wehren und ihre Mitglieder aufklären müssen. Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Bezug auf Doppelmitgliedschaften sind ebenfalls ein gutes Mittel. Notwendig ist Bildungsarbeit zum Thema braune Ökologie, um Umwelt-, Klima- und auch Tierschutzaktivist*innen über rechte Erzählungen aufzuklären. Im Bundestag gilt es dagegen zu halten: Klare Brandmauer zur AfD und immer wieder mit wissenschaftlichen Fakten und klaren Positionen rechten Ökolog*innen und Klimaleugner*innen hart widersprechen und die Faschist*innen konsequent ausgrenzen. Das gilt für alle Demokrat*innen.

#AfDKlima

»Wir leben in einer Warmzeit«

Die »Alternative für Deutschland« hat angekündigt, die Klimaschutzpolitik zukünftig zu einem ihrer zentralen Themen zu machen. Doch dieses Politikfeld spielt für sie bereits seit längerem eine Rolle, wie eine Analyse der Parteiprogramme und der Arbeit in den Landtagen zeigt.

von Sascha Schmidt

Klimapolitik ist für die »Alternative für Deutschland« (AfD) nichts Neues. Schon in den Programmen zur Bundestagswahl im September 2013 sowie zur Europawahl im Mai 2014, die unter dem ersten Parteivorsitzenden Bernd Lucke erstellt wurden, fanden sich klimapolitische Positionen. Darin hatte die AfD vor allem gegen das »Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien« – kurz Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – gewettert. Das dem Gesetz zugrunde liegende Umlageverfahren bezeichnet die Partei bis heute – juristisch und sachlich falsch – als »unsoziale« Subventionierungen. Auf Grundlage einer wirtschaftsliberalen Argumentation wird kritisiert, dass die »sonst nicht marktfähigen« Betreiber von Wind-, Solar-, Wasserkraft- oder Biogasanlagen von diesen Subventionen profitieren würden und das EEG »komplett abgeschafft werden« müsse.

Klimapolitische Eckpfeiler

Die Kritik am EEG hat bis heute Bestand und findet sich auch im weiterhin gültigen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2016 wieder. Dort vertieft die AfD ihre frühen klimapolitischen Positionen wie folgt: »Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein.« Dieser »Dreiklang« sei in Deutschland immer gegeben gewesen, mit dem »nicht reformierbarem« EEG jedoch aufgegeben worden. Die wirtschaftlich Leidtragenden seien »Gebäudeeigner und Mieter« sowie Stromkund*innen und die Wirtschaft. Laut AfD finde »eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern.«

Aufgrund der wetterbedingten Leistungsschwankungen der Anlagen für regenerative Energien, stelle die Energiewende eine substanzielle Gefährdung der Stromversorgung in Deutschland dar, die über Stromausfälle hinaus bis zum »Blackout« (Totalausfall) der Stromnetze führen könne.

Mit der Kritik an der Leistungsfähigkeit regenerativer Energien verknüpft die AfD auch ihre Ablehnung des Ausstiegs aus der Kernkraft, der als »sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich« bezeichnet wird. Zumindest solange die Stromversorgung nicht gesichert sei, sollten die Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke gestattet werden. Vor allem Windenergieanlagen sind der Partei ein Dorn im Auge, insbesondere da sie »das Bild unserer Kulturlandschaften zerstören« würden. Zudem brächten Windräder für Menschen wie für Tiere »mehr Schaden als Nutzen« mit sich. Während Menschen beispielsweise unter dem Infraschall der Rotorenblätter litten, würden die Anlagen zu einer »tödlichen Gefahr« für Vögel. Folglich lehnt die AfD den Bau weiterer Windräder ab. Wo dies nicht zu verhindern sei, wird populistisch gefordert »die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide« an der Entscheidung zu beteiligen.

Mit den im Programm formulierten Positionen hat die AfD ihre klimapolitischen Eckpfeiler gesetzt, die sich spätestens ab 2017, mit hoher inhaltlicher Überschneidung, auch in den meisten Landtagswahlprogrammen wiederfinden.

Klimawandelleugner*innen seit 2016

Spätestens mit der Veröffentlichung des Parteiprogramms erweist sich die AfD auch programmatisch als Klimawandelleugner*innenpartei. Die Klimaschutzpolitik beruhe lediglich »auf hypothetischen Klima-Modellen«, argumentiert die Partei, basierend auf computergestützten Simulationen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (im deutschen meist als Weltklimarat bezeichnet), die die AfD als wissenschaftlich fragwürdig und politisch intendiert bewertet. Es gelte vielmehr anzuerkennen, dass sich »seit die Erde eine Atmosphäre hat, (…) Kalt- und Warmzeiten« abwechselten – und »wir heute in einer Warmzeit leben.« Auch sei Kohlendioxid (CO_2) »kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.« Dem IPCC und der deutschen Regierung wird vorgeworfen, »die positive Wirkung des CO_2 auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung« zu unterschlagen.

Die Arbeit in den Landtagen

Ihren Widerhall finden diese klimapolitischen Eckpfeiler auch in den Landtagen. Eine Ausnahme stellen die Fraktionen in Hamburg und Hessen dar, die den menschengemachten Klimawandel offenbar weitgehend als gegeben wahrnehmen. So forderte die Hamburger Fraktion, sich für »Urban-Farming-Projekte« einzusetzen. Klimapolitisch engagierten Schüler*innen bot sie einen Klimadialog an, um zu erfahren, welchen Beitrag die junge Generation leisten wolle, »um CO_2-Emissionen einzusparen.« Die hessische Landtagsfraktion wiederum forderte in verschiedenen Anträgen und Aussprachen, die vermeintlich positiven Auswirkungen des Klimawandels zu beachten. Diese zeigten sich im Bereich Wohnen, durch gesunkene Nebenkosten in Heizperioden, der gesunkenen Zahl von Verkehrstoten und einem geringeren Verbrauch von Streusalzen durch weniger Eis und Schnee auf den Straßen sowie einer vermeintlichen Verbesserung der Weinernte im Rhein-Main-Gebiet.

Die absolute Mehrheit der Fraktionen hat sich jedoch offenbar zum Ziel gesetzt, die Energiewende fundamental infrage zu stellen. Dabei setzen die Fraktionen mehrheitlich auf die Verteidigung des Diesels und der Braunkohleindustrie. Besonders ausgeprägt ist dies in jenen Bundesländern zu beobachten, in denen die entsprechenden Industriezweige präsent sind und die Energiewende als Gefahr für Arbeitsplätze in der Automobil- und Braunkohleindustrie gesehen wird. So betonte beispielsweise die Fraktion in Nordrhein-Westfalen (NRW), dass das Bundesland »Industriestandort bleiben« müsse – verbunden mit der Forderung nach einem »Arbeitsplatzerhalt bei Ford in Köln«. Der Wohlstand, so die Fraktion, lasse sich mit der Energiewende nicht halten. Die Fraktion in Rheinland-Pfalz (RLP) spricht gar von einem »Krieg gegen den Verbrennungsmotor«; die saarländische Fraktion führt »tausende Arbeitsplätze« in der Region auf, die »am Diesel-



AfD-Wahlwerbung in Mecklenburg-Vorpommern

motor« hängen und fordert: »Das Saarland ist Diesel-Land und soll Diesel-Land bleiben«. Mit ähnlicher Argumentation und nennenswertem Erfolg gelang es der brandenburgischen Fraktion sich als Interessenvertretung der »Kumpel« in der Kohleindustrie zu inszenieren. Im Potsdamer Landtag forderte die Partei »eine unmissverständliche Zurückweisung aller Bestrebungen nach einem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle«. Bei den Landtagswahlen im September 2019 wählten vermutlich auch deswegen 44 Prozent der Arbeiter*innen AfD. In die gleiche Kerbe schlägt auch die AfD in NRW. »Kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen«, so die Fraktion.
Die Ablehnung der Windenergie eint den Großteil der Fraktionen, insbesondere in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, RLP und Thüringen. Mit Blick auf die vermeintliche »Umweltzerstörung« oder »Verspargelung« der Natur geriert man sich als wahre Umwelt- und Heimatschützer*innen-Partei. Im thüringischen Landtagswahlkampf formulierte jüngst der energiepolitische Sprecher der AfD im Thüringer Landtag, Stefan Möller, sein Ziel in Bezug auf Windenergieanlagen wie folgt: Wenn die AfD an der Macht sei, müsse die Windenergiebranche »einen großen Bogen« um Thüringen machen.

Diffamierung der Klimabewegung
Auch die in Social Media zu beobachtenden Angriffe auf Teile der Klimabewegung finden seitens diverser Fraktionen in den Landtagen ihre Fortführung. Im Sommer 2016 bezeichnete die Fraktion in Brandenburg den Protest von Braunkohlegegner*innen auf dem Werksgelände »Schwarze Pumpe« (Spree-Neiße-Kreis) als »Öko-Terror«. Es folgten mehrere Anfragen, die sich gegen die Bewegung Ende Gelände richteten. Auch die Fraktion in NRW widmete sich in zahlreichen Anfragen den Bewegungen im Hambacher Forst, Ende Gelände und zuletzt Extinction Rebellion, die allesamt über die Zuschreibung zum »Extremismus« diskreditiert werden sollten. Auch die Fridays -for-Future-Bewegung (FFF), der sich besonders intensiv gewidmet wird, habe aufgrund des »Schulterschluss« mit »Linksextremisten« und »extremistischen Gewalttätern (…) ihre Unschuld verloren«. Damit sei FFF »zu einem Instrument von Kräften geworden, die diesen Staat und unser Gemeinwesen auf Schwerste schädigen wollen.« Die Fraktion im sachsen-anhaltischen Landtag wollte im Februar 2019, im Rahmen einer FFF-Demonstration, gar »Gewaltexzesse« gegen einen ihrer Landtagsabgeordneten beobachtet haben.

Überschaubare Präsenz auf der Straße
Analog zu den Demonstrationen und Kundgebungen gegen Zuwanderung bemüht sich die AfD auch das Thema Klimapolitik auf die Straße zu tragen. Dabei setzte sie wiederholt darauf, an bestehende Pro-Diesel-Proteste anzudocken, beispielsweise in Stuttgart, im Rahmen der Demonstrationen gegen das Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in der Innenstadt. Hiervon zog man sich jedoch nach dem Vorwurf der Vereinnahmung der Proteste zurück. Online präsentiert sich die Partei mittels einer Aktionskarte als aktive Pro-Diesel-Bewegung. Doch hinter dem Großteil der dort aufgelisteten rund drei Dutzend Aktionspunkte verbergen sich entweder Aktivitäten anderer Bündnisse oder Infostände, Kleinstkundgebungen und Veranstaltungen. Nur selten gelang es der AfD, wie in Hannover oder Friedberg (Hessen), mehr als hundert Menschen zu ihren Demonstrationen zu bewegen. Auch in ihrem Protest gegen Windräder versucht sich die Partei, die sich laut Stefan Möller »als parlamentarischer Arm der Antiwindkraftbewegung« versteht, an die zahlreichen Anti-Windkraftanlagen-Initiativen zu heften. Auch hier mit bisher überschaubarem Erfolg. Während einige Initiativen wie »Vernunftkraft« für AfD-Veranstaltungen werben, wehrten sich auch hier mehrere Initiativen gegen eine Vereinnahmung. Das Beispiel Windenergie zeigt jedoch, wie wirksam der Protest sein kann. Dass der Ausbau der Anlagen seit gut zwei Jahren ins Stocken geraten ist, liegt auch an dem Widerstand aus der Bevölkerung. Ein stärkeres Engagement der Partei im Bereich Klimaschutzpolitik birgt die Gefahr, dass auch auf Landesebene die Regierungen aus Angst vor weiterem Zulauf zur AfD weiterhin Zurückhaltung üben.



Rassistischer Aufleber auf einem Auto

#EIKE

»Gegen den Klimaschwindel«

von Lucius Teidelbaum

Es gibt zwei Varianten von Klimaschutz-Opposition: Die eine leugnet grundsätzlich den Klimawandel an sich, die andere erkennt ihn an, leugnet aber einen menschlichen Anteil daran. Beide Gruppen lehnen staatliche Interventionen ab, zum Teil wird der Klimawandel sogar als wirtschaftliche Chance verkauft. Ihr Ziel ist der »Climate Exit«, kurz »Clexit«, das heißt der Ausstieg aus allen Klimaschutz-Programmen.
Maßgebend dürften dabei vor allem zwei Motive sein, die fest miteinander verbunden sind. Einerseits eine generelle Ablehnung von linken, beziehungsweise als links verstandenen, ökologischen Positionen verbunden mit der Sorge um den eigenen (imperialen) Lebensstil. Andererseits dürften oft auch kommerzielle Motive eine Rolle spielen, denn die Klimawandelschuldleugner*innen fungieren auch als Lobby-Organisationen von Teilen der Wirtschaft. Beides verbindet sich häufig in einem autoritären Neoliberalismus, wie er sich in Deutschland zum Beispiel um das Magazin »eigentümlich frei« herum gruppiert, in dem auch die entsprechenden Texte erscheinen.

EIKE – der Thinktank der Klimawandelschuldleugner*innen

Verschiedene Organisationen versuchen, den Zweifel am Klimawandel und dessen menschlichen Ursprung zu streuen. Ihre Lobby-Arbeit ähnelt dabei der der Tabak-Industrie. Es handelt sich dabei um ein eng verzahntes internationales Netzwerk.
Die wichtigste Gruppe in der Bundesrepublik dürfte das »Europäische Institut für Klima und Energie e. V.« (EIKE) sein. EIKE versucht, über die akademischen, aber zumeist fachfremden Titel seiner Funktionär*innen und die rechtlich nicht geschützte Bezeichnung »Institut« als eine akademische Institution in Erscheinung zu treten. Der Sitz von EIKE ist in der Etage eines Bürogebäudes im Gewerbegebiet der Stadt Jena angesiedelt. Diese Räumlichkeiten dürften kaum Platz für eigene Forschungen bieten. Trotz des akademisch anmutenden Namens handelt es sich bei EIKE lediglich um einen 2007 gegründeten Verein mit Sitz in Jena. Sein Leitspruch lautet: »Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit! Umweltschutz: Ja! Klimaschutz: Nein!«
Vereinspräsident ist Holger Thuß, Mitglied der CDU. Thuß ist auch Vorsitzender des Europa-Ablegers des »Committee for a Constructive Tomorrow« (CFACT), einem wichtigen US-Thinktank der Leugner*innen-Szene.
Offenbar versucht EIKE gezielt, konservative und extrem rechte Eliten zu adressieren. Für die jährlich stattfindende EIKE-Konferenz fanden sich Anzeigen in der Zeitung »Junge Freiheit«, in »eigentümlich frei« und im »Corpsmagazin«, dem Verbandsblatt des Dachverbands der akademischen Corps. Eine Finanzierung der Organisationen durch wirtschaftliche Akteur*innen ist zwar wahrscheinlich, aber im Gegensatz zu CFACT beispielsweise bisher unbewiesen. Neben EIKE existieren weitere Organisationen mit ähnlicher Ausrichtung, wie die »Nationale anti-EEG Bewegung e. V.« (naeb e. V.). Im Beirat der naeb sitzt auch der Landtagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD) Christian Blex. Ominös erscheint der Verein »Fortschritt in Freiheit e. V.«, für den auch AfD-Mitglieder in Veranstaltungen auftreten. Er hat ein Postfach in Köln und richtet sich gegen den »Klimaschwindel«.

Die AfD als parlamentarischer Arm

Die AfD war schon zu Lucke-Zeiten zum politischen Arm der deutschen Klimawandelschuldleugner*innen-Szene geworden. Im »Bundesfachausschuss Energiepolitik« der AfD gehörten 2014 nach Recherchen der taz mindestens zwölf der 15 Mitglieder eindeutig diesem Lager an. Über eine Anstellung als Mitarbeiter*in bei der AfD hat EIKE seine Leute zum Beispiel im Umweltausschuss als Expert*innen im Bundestag positioniert. Ein Beispiel ist Michael Limburg aus Potsdam, EIKE-Vizepräsident und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, dem umweltpolitischen Sprecher seiner Partei.
Waren die deutschen Klimawandelschuldleugner*innen vor der AfD eine Szene mit überschaubarem Einfluss, so ist dieser durch die Partei deutlich gestiegen. Inzwischen halten sie ihre Veranstaltungen im Bundestag ab. So fand am 14. Mai 2019 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages ein »Alternatives Klimasymposium« statt, organisiert vom AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse. Dazu eingeladen waren Lord Christopher Monckton (UK), Thomas Wysmuller (USA), Henryk Svensmark (Dänemark) und Gernot Patzelt (Österreich) – allesamt internationale Größen der Szene. Im außerparlamentarischen Bereich existieren gute Verbindungen in den autoritären Neoliberalismus. So referieren Klimawandelschuld-Leugner*innen häufig bei den Gesprächszirkeln der »Hayek-Gesellschaft« oder gehören ihr an. Auf lokaler Ebene findet teilweise auch eine Kooperation mit Bürgerinitiativen gegen Windkraft statt.

Fazit: Bremsklötze in der Diskussion über Klimaschutz

Die Position der Klimawandelschuld-Leugnung ist in der extremen Rechten offenbar hegemonial und in den benachbarten konservativen und christlichen Rechten weit verbreitet. Mit dem Aufkommen der neuen Klimaschutz-Bewegung haben auch ihre Gegner*innen in ihren Reaktionen eine neue Dynamik entwickelt. Die Klimawandelschuldleugner*innen werden die Klimaschutz-Bewegung in Deutschland nicht aufhalten, aber erschweren, indem sie in der Diskussion das Klima vergiften.

#Umwelt&Aktiv

Braun-Grünes Magazin

von Andreas Speit

Die Irminsul ziert nicht mehr das Cover. Auf der Titelseite von »Umwelt & Aktiv« (U&A) fehlt jener Weltenbaum, der in der nordischen Mythologie auch als Yggdrasill Himmel, Mittel- und Unterwelt verbindet. Die Redaktion dürfte das in nationalistischen Kreisen beliebte Motiv aus strategischen Gründen weggelassen haben, um breitere Leser*innenschichten anzusprechen. Der Relaunch des Magazins kaschiert die Intention. Moderner, stylischer und dynamischer will die Redaktion um Christoph Hofer an die Öffentlichkeit treten. Das Magazin ist jetzt luftiger gestaltet: Größere Bilder, weniger Text auf rund 50 Seiten, nach über zehn Jahren eine gravierende Veränderung des Designs. Doch auf dem Cover der »Zeitschrift für gesamtheitliches Denken« bilden die Begriffe »Naturschutz – Tierschutz – Heimatschutz« noch immer den Untertitel.

Die Hoffnung wurde nicht enttäuscht. »Nach dem Re-Design« sei die Auflage »noch einmal deutlich angestiegen«, sagt Bettina Bernhardt von der Redaktion. Sie liege mittlerweile bei 5.000 Exemplaren der quartalsweise erscheinenden Publikation. Drei Viertel der Auflagen machten Abos aus, zum Jahresabopreis von 22 Euro oder 35 Euro für ein Förderabo. In »ausgewählten Verkaufsorten« sei das Magazin zu kaufen. »Umwelt & Aktiv« wird vom »Midgard e. V.« getragen. Der Verein hat ein Postfach in Traunstein und seinen Sitz in Landshut. Die Redaktion selbst kommt aus dem Spektrum der NPD. Ihre Ausrichtung verschweigt Bernhardt auch nicht: »In Summe hat uns das Erstarken rechter Bewegungen und Parteien in Deutschland und Europa auch wirtschaftlich sehr geholfen«. Das Magazin präsentiert eine völkische Ideologie. Naturschutz ist seit dem 19. Jahrhundert ein ureigenes Bestreben der extremen Rechten. Für dieses politische Milieu ist das Magazin heute das Umweltblatt. Längst ist es den bayerischen Blattmacher*innen gelungen, auch in alternativen Milieus wahrgenommen zu werden.

»Die Fremden«

Die Cover, Artikel und Meldungen des Vierteljahresmagazins vermitteln nicht immer gleich, aus welcher Haltung heraus sich die Redaktion für Natur, Tier- und Heimatschutz einsetzt. Das erste Cover aus dem Jahr 2007 zierte ein Großbild einer Sonnenblumenblüte, für viele das Symbol der Öko-Bewegung, das sich auch im Logo von Bündnis 90/Die Grünen findet. Bei der virtuellen Präsenz wird die politische Ausrichtung aber doch schnell deutlich. Dort findet sich ein Interview mit Sebastian Zeilinger zum »Projekt AHA!« (»Alternative Help Association«). Im Anlauftext verdeutlicht die Redaktion, dass es sich hier um eine »der ersten NGOs von rechts« handelt, die Fluchtursachen im Mittleren Osten bekämpfen will. Im Gespräch kann der bayerische Aktivist die »Identitäre Bewegung« (IB) als eine Gruppe von »jungen, europäischen Patrioten« verharmlosen, die »10 Familien in den Flüchtlingslagern des Libanon« ehrenamtlich unterstützen würde. Zeilingers Bruder Michael, der bereits 2009 als Autor für U&A auftrat, ist für die IB auf die Straße gegangen und war jahrelang Bundesführer der völkischen Jugendorganisation »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund«.

Die Thematik Flucht und Zuwanderung ist in der Öko-Bewegung keineswegs neu. Immer wieder verbinden rechte Natur- und Heimatschützer*innen Ökologie mit der Frage, wie viele fremde Menschen die heimische Natur vertragen kann. In der Ausgabe 3/2017 der U&A wird ohne Namensnennung exemplarisch unter dem Titel »Wie die Migration das Land auffrisst« vorgerechnet, wie Flüchtlinge den »Flächenfraß« beschleunigen würden, denn es seien »vor allem Ausländer – politisch korrekt Menschen mit Migrationshintergrund –, die für das stetige Wachstum der urbanen Zentren verantwortlich sind.« Gehe man von den offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus, hetzt das Heft, ergebe dies einen Flächenbedarf von »4697 Hektar. (…) Wir sprechen hier von 6578 Fußballfeldern. 18 (!) Fußballfelder pro Tag«.

Auf der Startwebseite macht die Redaktion »Fremde« verantwortlich für die Zerstörung der Natur. »Skrupellose Internationalisten werden in unserem Land von allen etablierten Parteien gefördert und hofiert, auch von denen, die behaupten, sich dem Umwelt- und Tierschutz verschrieben zu haben«, erklärt Christoph Hofer dort. Der Text stammt aus dem Editorial der ersten Ausgabe (1/2007). Diese »Global Player« machten »unsere Heimat zu einem Spielball im internationalen Finanzhandel«. Der Herausgeber führt weiter aus: »Der Schutz der Natur beginnt vor Ort (...), kurz in der Heimat. Und dazu gehört auch der Schutz der Kultur«. Und er betont: »Wir werden nicht länger jenen Menschen das Thema Umwelt- und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt«. Die Kampfansage verdichtet er mit der in Großbuchstaben hervorgehobenen Botschaft: »Umweltschutz ist nicht grün«.



Das alte Layout des Magazins noch mit Irminsul

Von Anfang an eindeutig

In der Erstausgabe und auf der Website vollzieht die Redaktion nicht bloß gleich den Vierschritt von Umweltschutz zum Tierschutz über Heimatschutz bis zum Volksschutz. Sie verbindet ihn auch mit der szenetypischen antisemitischen Vorstellung der Verschwörung eines internationalen Kapitals – in diesen Kreisen ein Synonym für die vermeintliche jüdische Weltverschwörung. Auf der Rückseite der Erstausgabe markierte die Redaktion mit ihrem bekannten Slogan unumwunden den parteipolitischen Feind: Bündnis 90/Die Grünen. Das rechte Milieu sieht den ökologischen »Verrat« mit dem Herausdrängen von Herbert Gruhl (1921 – 1993) und Baldur Springmann (1912 – 2003) aus der Partei. Bis heute ist Herbert Gruhl, Autor des Umweltbestsellers »Ein Planet wird geplündert«, eine der Referenzgrößen des gesamten weit rechten Öko-Milieus. Gruhl hatte 1975 schon geschrieben, dass die Einwanderungspolitik der »europäischen Völker« eine »sagenhafte Dummheit« sei. Ein Jahr vor seinem Tod warnte er 1992 in seinem Buch »Himmelfahrt ins Nichts« davor, dass »viele Kulturen in einem Raum zusammengemixt werden«. Der Wert des Gemisches sinke »mit zunehmender Durchmischung«.

In »Umwelt & Aktiv« wird gleichermaßen auf Baldur Springmann verwiesen. Für das Magazin sind Gruhl und Springmann »Gründungsväter« der »ökologischen Bewegung in Deutschland« in der Nachkriegszeit. Der umtriebige Ökobauer Springmann, der bis zu seinem Lebensende einen Hof im schleswig-holsteinischen Geschendorf führte, gilt den Rechten als »Urvater der Bewegung«, der sich konsequent »für die Arterhaltung von Flora und Fauna« und die »Vielfalt der Menschen und Völker« eingesetzt habe. Springmann wollte jedoch »keine Vermengung, keine Nivellierung, keine Überfremdung«, schreibt G. Kling in einem Artikel 2007. »Seine Liebe zu Deutschland war tief und echt«, wird ausgeführt und zitiert: »Was man zum Glücklichsein unbedingt braucht, ist Heimat. Es kann nur Unglück bringen, wenn wir uns von fremdartigen Ideologen nomadische Verhaltensweisen aufschwatzen lassen«.

Nicht alle Beiträge zu Wasserverbrauch, Bienensterben, Schmetterlingen, genmanipuliertem Saatgut, Gänseblümchen, Bärwurz, Lebendtiertransporten, Fischereiverboten, Frühlingssuppen, Ökostrom, Ausgleichsflächen, Windkraft, Biotonne oder Plastikmüll fallen durch rechte Implikationen auf. Die Fakten stammen oft von anderen, nichtrechten Umwelt- und Tierschutzprojekten oder öffentlich-rechtlichen Medien. Auffällig sind jedoch die vielen Beiträge zum Thema »Heimatschutz«, in denen Julfeste, Jahreskreisfeiern, 1.-Mai-Bäuche, Wintersonnenwendfeiern und traditionelles Liedgut vorgestellt werden. »Langsam und schleichend wandern Sitten aus fremden Ländern ein, während traditionelle Bräuche immer mehr verkommen«, warnt die Redaktion in Heft 1/2007. Die »fremdländischen Bräuche« würden gerade Kindern durch die Medien »aufoktroyiert«. Daher wird gemahnt: »Das Unterbinden von deutschen oder europäischen Traditionen und der Kniefall vor einer Minderheit ist nicht nur beschämend, sondern sollte Anlass zu ernster Sorge geben!«. Am Ende des Artikels steht extra hervorgehoben: »Freie Völker feiern ihre eigenen Feste.«

Gemeinsamkeiten und fehlende Distanz

In dem Vierteljahresmagazin finden sich auch Interviewpartner, die von weit links kamen: Rainer Langhans, Mitbegründer der Berliner »Kommune 1«, Holger Strohm, Anti-Atom-Ikone, Jürgen Elsässer, einst weit linker Publizist – heute Herausgeber von »Compact« – oder Michael Beleites, Mitbegründer der Umweltbewegung in der DDR. Die Strahlkraft von U&A reicht über die rechte Szene hinaus. Die Interviewpartner*innen und Autor*innen kommen oft auch aus dem Umwelt-, Tier und Naturschutz. Unkritisch gegenüber dem Magazin stellen sie ihre Analysen und Thesen dar. Diese Autor*innen des wichtigsten Öko-Organs der rechten Szene blenden aus, dass die Redaktion ihre politische Ausrichtung konsequent verfolgt. Bei diesen Umwelt- Natur- und Tierschützer*innen scheint zu gelten was Strohm im Interview ausführte: »In jeder Gruppierung gibt es gute und böse Menschen. Für mich ist die politische Überzeugung kein Maßstab«. Selbst »unter Nazis« gebe es »gute Menschen«, entscheidend sei »ob man gegen Atomenergie ist, ob man für die Menschen« sei. Weiter formuliert würde es heißen, mit dem Umwelt-, Natur- und Tierschutz könnte man mit »Nazis« zusammen vermeintlich die Welt retten.

»Umwelt & Aktiv« gegen den Verfassungsschutz

Der Trägerverein von U&A klagte gegen die Erwähnung im bayerischen Landesverfassungsschutzbericht. Zunächst mit Erfolg, doch 2017 setzte sich der Freistaat Bayern juristisch durch. Im Urteil betonte der Verwaltungsgerichtshof: »Unter dem Deckmantel des Umwelt- und Naturschutzes« werde rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet. Auch der Verfassungsschutz betont, dass sich das Magazin »nur vordergründig mit ökologischen Themen« auseinandersetze. Umwelt-, Natur- und Tierschutz würden dort zum »Heimatschutz« uminterpretiert und in den Kontext der völkischen Bewegung gestellt. Eine klare Einordnung, die Wortwahl »Deckmantel« und »uminterpretiert« relativiert jedoch das ökologische Anliegen. Das extrem rechte Milieu setzt sich traditionell für Heimat und Natur ein, um »ihr Volk« und »ihre Kultur« zu erhalten. Diese Bemühungen sind nicht instrumentell, sondern als integral zu betrachten. »Umwelt & Aktiv« ist zu einem Netzwerk geworden, das die rechte Szene in die weitläufige Umweltbewegung hinein verbindet. Auf ihrer Facebook-Seite prangt noch immer die Irminsul.

#Unseriös

Wie man den Klimanotstand nicht widerlegt

Ein »Argument«, um den Klimawandel »anzuzweifeln« oder gar zu »widerlegen«, ist ein Aufruf von angeblich »zahlreichen Wissenschaftlern«. Die deutsche Rechte ist davon begeistert.

von Frederik Mallon

Die Liste mit den 400 Namen ist nach »scientists and professionals« sortiert. Einzelne Namen unter dem im September 2019 veröffentlichten offenen Brief an die »Vereinten Nationen« unter dem Titel »Es gibt keinen Klimanotstand« stechen schnell heraus. So findet sich dort unter anderem Václav Klaus, ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik. Oder Fritz Vahrenholt, der SPD-Politiker, der den Klimawandel mehr oder weniger offen leugnet, seitdem er mit Shell, RWE und Co. zusammenarbeitet. Oder Richard Lindzen, der nicht nur den Klimawandel anzweifelt, sondern auch, ob man vom Rauchen wirklich Lungenkrebs bekommen kann.

Die große Mehrheit der Unterzeichner*innen ist unbekannt. Auffällig ist jedoch: Die Liste beinhaltet nur zwei Personen, die tatsächlich als »Professor of Climatology« gekennzeichnet sind. Andere scheinen zwar auch etwas mit Klima zu tun zu haben, aber als »Expert*innen« kann man sie nicht bezeichnen. Zum Beispiel ist da der Professor für Geologie, Stefan Kröpelin, der sich angeblich spezialisiert hat in Bezug auf »Climate Change of the Sahara«. Fakt ist: Der Klimawandel könnte tatsächlich den Effekt haben, dass die Sahara grüner wird. In diesem Kontext muss man die Arbeit des Geologen verstehen. Ob der auch den Blick »über den Tellerrand« hat für den globalen Klimanotstand, gegen den er sich ja ausspricht, bleibt anzuzweifeln. Auch andere Kuriositäten finden sich auf der Liste. Zum Beispiel ein gewisser David Thompson, der als »Tierernährungswissenschaftler« gekennzeichnet ist. Oder John Harrison, ein australischer Schiffsingenieur in Rente. Oder der Niederländer Kees Pieters, ein Mathematiker und ehemaliger Manager bei Shell.

Die IPCC-Lüge (»Intergovernmental Panel on Climate Change«, »Weltklimarat«)

Mehrere Unterzeichner*innen sind als »Expert Peer Reviewer of the IPCC« gekennzeichnet. Also »Peer-Reviewer Expert*innen des Weltklimarats«? Was gut klingt, ist beim näheren Hinsehen nicht so beeindruckend. Auf der eigenen Website schreibt der Weltklimarat nämlich: »Expert Reviewers can register with a self-declaration of expertise up to a week before the end of the review period.« (»Gutachter können sich mit einer Selbsterklärung bis eine Woche vor Ende der Anmeldefrist des Gutachterzeitraums anmelden«.) Also: Die »Peer-Reviewer-Experten« können sich ganz einfach dort anmelden, um den Review durchzuführen. Die einzigen, die ihre Expertise bezeugen müssen, sind sie selbst. Es kann also mehr oder weniger jede*r sich dort als Wissenschaftler*in mit Fachkenntnis ausgeben.

Inhalt

Kernstück des Aufrufs sind sechs Thesen zum Klima. Den Anfang macht die allgemeine wie auch banale Feststellung, »die Erderwärmung wird durch natürliche und menschliche Faktoren verursacht«. Die zweite These soll offensichtlich als Beruhigungspille dienen. »Die Erderwärmung verläuft viel langsamer als vorhergesagt.« Leider ist diese These ungenau formuliert. Es ist schwer nachvollziehbar, worauf genau sie sich bezieht. Langsamer als vorhergesagt von wem? Es ist zu vermuten, dass sie sich auf die sogenannte »Pause der globalen Erwärmung« bezieht. Zwischen 1998 und 2013 sind die Durchschnittstemperaturen auf der Erde nämlich scheinbar nicht angestiegen. Doch der selbst von Wissenschaftler*innen oft begangene Fehler ist, nur die Temperaturen an Land zu betrachten. Diese unterliegen naturgemäß größeren Schwankungen als die Temperaturen des Wassers. Hätte man letztere beobachtet, dann wäre man zu einem anderen Schluss gekommen: Die Erwärmung der Erde vollzog sich sogar schneller als in den Dekaden ab 1950.

Die dritte These soll diskreditieren: »Die Klimapolitik verlässt sich auf unzulängliche Modelle.« Ein weiteres, oft von »Klimawandelskeptiker*innen« genutztes Argument: Der Klimawandel sei nie in einem realistischen Experiment nachgewiesen worden. Stattdessen basiere unser gesamtes Wissen auf Computermodellen. Und gewissermaßen stimmt das sogar – und ist auch völlig logisch. Denn es geht hier immerhin um ein komplexes Zusammenwirken mehrerer physikalischer Effekte. Und das über den gesamten Planeten verteilt. Es ist schlicht unmöglich, ein solches Phänomen experimentell nachzubauen.

Dass die Ergebnisse der Klimatologie »unzulänglich« wären, stimmt aber auch nicht. Die einzelnen Effekte, die den Klimawandel verursachen, zum Beispiel der Treibhauseffekt, hat man sehr wohl intensiv untersucht - zum Teil schon seit mehr als 100 Jahren. In der Folge ist in der Wissenschaft ein breiter Konsens über Ursachen und Wirkung in Bezug auf den Klimawandel entstanden.

Auf Platz vier folgt eine weitere Binsenweisheit. Mit der Aussage »CO_2 ist die Nahrung für Pflanzen, die Basis allen Lebens auf Erden.« soll die Debatte um das Kohlendioxid eine andere Wendung bekommen.



Zwar ist die Aussage inhaltlich korrekt, aber: Sie suggeriert, die Menge der Pflanzen steige proportional zu der Menge von CO_2. Was viel zu vereinfacht ist. Denn: Pflanzen brauchen sehr wohl CO_2. Und können auch mit viel CO_2 besser wachsen. Aber: Die anderen Effekte, die ein hoher CO_2 -Gehalt der Atmosphäre hat, wie zum Beispiel eine Erwärmung der Erdatmosphäre, werden verschwiegen.

Die fünfte These soll den »Alarmismus« der Klimaschutzbewegung verspotten: »Die Erderwärmung hat nicht zu einer Zunahme von Naturkatastrophen geführt.« Eine schwierige Aussage. Es ist richtig, wie in den sehr knappen Ausführungen zu den Thesen gesagt wird, dass bis jetzt noch keine gefestigte Statistik das belegen kann. Was daran liegt, dass der vorliegende Untersuchungszeitraum, für den es gesicherte Wetteraufnahmen der ganzen Welt gibt, noch nicht einmal 100 Jahre umfasst. Zwar ließen sich alle statistischen Auffälligkeiten in dieser Zeit als Zufall abtun, die nichts mit dem Klimawandel zu tun haben. Allerdings hat sich die US-amerikanische Weltraumbehörde bereits festgelegt. Die NASA erklärt, die Erwärmung des Ozeans führe in den letzten Jahren dazu, dass Hurrikans zerstörerischer und unberechenbarer würden. Der Grund: Aus »normalen« Hurrikans können schneller tödliche Kategorie-5-Hurrikans werden.

Die sechste These ist geeignet, der Klimaschutzbewegung irrationales Denken und Handeln zu unterstellen. »Klimapolitik muss wissenschaftliche und wirtschaftliche Realitäten respektieren.« Es klingt so, als würde die Klimapolitik rücksichtslos radikal gegen jegliche Vernunft gemacht werden. Tatsache ist: Es wird bislang sogar eher zu wenig als zu viel gemacht. Nebenbei wird damit das Narrativ des »Job-Killers« Klimapolitik bedient.

Applaus von rechts

Die deutsche Rechte griff den Aufruf gerne auf. So berichtete Ende September 2019 die neu-rechte »Junge Freiheit« nicht nur darüber, sondern veröffentlichte auf ihrer Website als PDF-Dokumente zudem den englischsprachigen Originalaufruf und die Liste der Unterzeichner*innen. Auch den Klimawandel-Skeptikern vom »Europäischen Institut für Klima und Energie« (EIKE), der verschwörungstheoretischen »Bürgerrechtsbewegung Solidarität«, dem rechten Blog »Tichys Einblick« ebeno wie der der »Alternative für Deutschland« (AfD) nahestehenden Website »Die freie Welt« und verschiedenen Websites der AfD passte der Aufruf politisch ins Konzept. Und auch der Abgeordnete Karsten Hilse von der AfD zitierte in einer Rede im Deutschen Bundestag am 26. September 2019 den offenen Brief, um die Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen zu begründen.

Allein im deutschsprachigen Bereich hingegen bestätigen nicht nur 26.000 Wissenschaftler*innen den Klimanotstand, sondern unterstützen auch Fridays for Future. Und dort sind echte Klima-Expert*innen dabei. 400 Personen, von denen rund 350 wenig bis gar keine Ahnung vom Thema haben, können das nicht widerlegen. Schon gar nicht mit falschen Aussagen, FakeNews und verdrehten Fakten. Am wissenschaftlichen Konsens kann und wird dieser Aufruf nichts ändern. Auch wenn die Rechten sich das noch so sehr wünschen.

Der Artikel ist eine gekürzte und für »der rechte rand« aktualisierte Fassung, die zuerst auf volksverpetzer.de veröffentlicht wurde.





Aktion von Ende Gelände und anderen
Klimaaktivist*innen am RWE Kraftwerk Neurath
im Sommer 2019

#EndeGelände

»Verbindung von Antifaschismus und Klimagerechtigkeit«

Seit über vier Jahren steht der Tagebau in der Kritik der Umweltbewegung. Vor allem der Protest im rheinischen Hambacher Forst hat Schlagzeilen gemacht und das Thema auf die umweltpolitische Agenda gesetzt. Für »der rechte rand« sprach Nina Rink mit Aktiven von Ende Gelände (EG) sowie einer Person aus Cottbus, die an Kleingruppenaktionen im Braunkohlerevier beteiligt war.

drr: Ihr führt seit 2015 Massenaktionen im Rheinland und in der Lausitz durch – wie reagieren die Menschen vor Ort auf euch?

Da die Aktionen recht abgelegen stattfinden, sind meist nur Kohlekumpels, Security und Polizei anwesend. Bei der Sommer-Aktion 2019 (im Rheinland, Anm. d. R.) war das Camp weit von den Aktionsorten entfernt, so dass lange Demozüge durch kleine Ortschaften mit erstaunlich vielen freundlich grüßenden Menschen führten. Näher am Tagebau war das gefühlt in den letzten Jahren noch anders: Sympathiebekundungen gab es nur sehr vereinzelt. In der Lausitz 2016 wurde die vorbeiziehende Demo mit lauten Bergbauliedern und rechter Musik aus Häusern beschallt.

Welche »Argumente« werden gegen euch vorgebracht?

Die Hauptargumente sind wegfallende Arbeitsplätze. Auch die Versorgungssicherheit, also dass ohne die Kohle »die Lichter ausgehen« würden. Diese Angst vor Blackouts wird als Hauptargument von Gewerkschafter*innen verstärkt. Die RWE-Mitarbeiter*innen selbst nehmen uns als Feinde wahr und zeigen öffentlich eine starke Identifikation mit dem Unternehmen, zum Beispiel über Anpassung ihres Social-Media-Profilbilds.

Was passiert, wenn ihr tatsächlich in die Grube gelangt?

Die Arbeiter*innen sind eher distanziert bis feindselig. 2015 gab es eine größere mediale Debatte über brutales Vorgehen seitens einzelner Security-Mitarbeiter. Auch 2019 in Garzweiler haben einzelne Securities mit gezielten Faustschlägen versucht, uns am Weitergehen zu hindern. Laut eines Medienberichtes sind einige von ihnen über den Verein »Uniter« angeheuert worden.

Wer sind darüber hinaus die Akteure, mit denen ihr vor Ort zu tun habt?

Die IG BCE organisiert Gegenproteste: Im Rheinland gibt es beispielsweise die von der IG BCE Alsdorf gegründete Gruppe »Schnauze voll von Gewalt«, die aus RWE-Mitarbeiter*innen besteht und uns Gewalt vorwirft. Außerhalb der Aktionen sind Camps und vor allem Mahnwachen Orte, die hin und wieder angegriffen werden, beziehungsweise an denen Menschen mit Autos vorbeifahren und pöbeln.

Welche Erfahrungen habt ihr als EG mit (extrem) Rechten?

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass wir in den letzten Jahren weniger stark im Fokus standen als andere soziale Bewegungen und Gruppen, die von Rechten als Feindbild konstruiert werden. Direkte Bezugnahmen sind oft lokal geblieben und orientieren sich an den Orten unserer Aktionen. Und sie begegnen uns natürlich auch auf Social Media. Aber da mit Fridays for Future das Thema nun sehr viel präsenter ist, rücken auch wir stärker in den Fokus.

Ihr seid auch schon verbal und sogar körperlich von rechten Akteuren angegriffen worden. Was habt ihr da erlebt?

Die schlimmsten Erfahrungen bisher haben wir bei der Aktion in der Lausitz im Mai 2016 gemacht. Eine der Blockaden sah sich einer großen Gegendemo aus Kohlekumpels, Gewerkschaftern und Neonazis gegenüber, aus der später körperliche Angriffe gegen Menschen erfolgten. Zudem sind Neonazis am und auf dem Camp und bei Mahnwachen aufgetaucht und haben gepöbelt. Mindestens eine Person wurde auf dem Camp zusammengeschlagen. Personen wurden beim Verlassen des Camps von Neonazis in Autos verfolgt. Die Polizei hat zum Teil nicht reagiert. In einer Nacht lief eine Gruppe von knapp 60 Neonazis aus dem nahe gelegenen Dorf in Richtung unseres Camps. Sie wurden von der Polizei aufgehalten. Aus Cottbus berichtet uns eine Klima-Aktivistin, sie wurde auch einmal körperlich angegriffen. Andere Aktivistis von vor Ort erzählen ähnliche Stories: »Von verbalen Drohungen, bis zu Schlägen oder dem Zerstechen von Reifen, Explodieren von Briefkästen gab es schon alles Mögliche.«

Gibt es einen Unterschied zwischen Rheinland und Lausitz?

Im Rheinland waren bisher mehr Aktionen, in der Lausitz nur eine, daher ist eine Aussage dazu schwierig. Security-Gewalt ist bisher ein Rheinland-Phänomen. Aber was wir schon sagen müssen und was auch aus Gesprächen zur anstehenden Aktion in der Lausitz nochmal klar wurde: Die Aktion 2016 war für manche Aktivist*innen traumatisierend. Der Blockadeangriff und der unzureichende Schutz auf dem Camp haben Spuren und schlechte Erinnerungen hinterlassen. Wir mussten kurzfristig befreundete Antifa-Strukturen um Unterstützung bitten und auch die Polizei zu unserem Schutz anrufen. Bisher haben wir den Eindruck: Direkte körperliche Gewalt von Rechten ist in der Lausitz ausgeprägter als im Rheinland, die Bedrohungslage fühlt sich krasser an.

Wie sind die Reaktionen im Netz?

Allgemein gibt es viele E-Mails, Social-Media-Kommentare, die schon unter Hate Speech fallen: Beleidigungen, Drohungen und Ähnliches. Dennoch teilt es sich stark auf: Einerseits haben wir uns in den letzten Jahren eine große »Fanbase« erarbeitet, das heißt Menschen, die Inhalte liken, teilen und positiv kommentieren. Aber ebenso gibt es Trollereien mit den immer selben Sinnlos-Argumenten, antifeministisches Mobbing oder Hate Speech gegenüber den Pressesprecher*innen. Teils kommt es auch vor, dass bei Aktionsankündigungen gedroht wird, unsere Aktion zu stören.

Aus welchem Spektrum kommen die Angriffe?

Nach unserer Einschätzung sind es mehrheitlich angeblich »bürgerliche Rechte« und AfD-Anhänger*innen, ergänzt von Angriffen durch Neonazis. Die Angriffe in der Lausitz waren vermutlich Neonazis beziehungsweise organisierte Rechte (Anm. d. R.: Ein Bericht der Opferhilfe von 2016 ordnet die mit Waffen und Sprengkörpern ausgestatteten Angreifer der lokalen Neonazi- und Hooliganszene zu).

Die AfD positioniert sich gerade als Partei gegen Klimagerechtigkeit – was ändert sich dadurch für euch?

Wir müssen uns regional spezifische Gedanken zu unserer Kommunikation machen: Wir betonen stärker die Solidarität mit antifaschistischen Aktionen, rufen teils auch dazu auf oder gehen in Bündnisse. Aus Erfurt wurde uns berichtet, dass die lokale Klimagruppe zusammen mit Antira-, Antifa- und Queerfem-Gruppen aufgrund der angekündigten Massenveranstaltung der AfD zum 1. Mai 2019 ein Bündnis gegründet und Demo und Blockaden organisiert hat. Seitdem verbinden wir unsere Kämpfe durch gemeinsames Aufstellen gegen die AfD – jetzt im Wahlkampf ¬ und versuchen auch, unsere Positionen sichtbarer und deutlicher zu machen und sind mehr und mehr vernetzt und befreundet.

Speziell in der Lausitz konnte die AfD mit ihrer Positionierung als Anti-Klimaschutz-Partei Stimmen holen…

In der Lausitz ist Klima-Aktivismus sehr marginalisiert, daher ist es schwieriger, vor Ort Kontaktpersonen, Ansprechpartner*innen und Verbündete zu finden. Die wenigen, die es gibt, setzen sich größerer Gefahr aus, wenn sie uns unterstützen oder sich positiv zu uns positionieren. Nach einer Aktion müssen sie mit Ärger rechnen. Das ist im Rheinland weniger stark ausgeprägt: Durch langjährige Organisierung in Klimacamps, vielfältige Akteur*innen und Aktionsformen, die Hambi-Besetzung und die Fehler der Landesregierung bei der Räumung 2018 (des Hambacher Forstes, Anm. d. R.) und durch intensivere Versuche lokaler Vernetzung ist der Klima-Aktivismus mittlerweile schon stärker akzeptiert. In der Lausitz dagegen sind wir nur in der Lage, »UFO-Aktionen« zu machen. Wir haben uns dort dennoch für eine Aktion Ende 2019 entschieden, weil wir uns nicht von extrem Rechten diktieren lassen wollen, wo wir unsere Inhalte vorbringen. Trotz der Schwierigkeit, die Sicherheit der Aktivisti zu garantieren und trotz der Gefahr, dass es zu Shitstorms kommt. Eine Aktivistin aus Cottbus berichtet: Es steigt auf alle Fälle das Bedürfnis nach Schutzstrukturen und -konzepten für unsere Aktionen und gleichzeitig machen wir konkret gerade noch mehr Basis- und Aufklärungsarbeit auf dem Land, denn dort ist die AfD ja oft besonders stark. Dem wollen wir etwa mit Infomaterial, das wir in Briefkästen verteilen, entgegenwirken.

Wie wehrt ihr euch gegen die rechte Stimmungsmache, was schlussfolgert ihr daraus?

Wir debattieren darüber, ob wir gezielt die Klimawandelleugner*innenposition der AfD angreifen sollen oder ihnen das nur Aufmerksamkeit verschafft, die wir ihnen eigentlich nicht geben wollen. Da sind wir uns nicht so richtig einig bisher. Einig sind wir uns, dass wir es wichtig finden, die Verbindung von Antifaschismus und Klimagerechtigkeit zu betonen und Solidarität mit und Beteiligung an antifaschistischen Kämpfen zu zeigen. Diese Position tragen wir auch nach außen. Vor rund zwei Jahren wurde eine AG »Ende Gelände gegen Rechts« gegründet. Konkreteres passiert in den genannten lokalen Bündnissen mit anderen emanzipatorischen Gruppen. Für unsere Aktionen, speziell in der Lausitz, müssen wir bessere Schutzkonzepte organisieren. Die Cottbusser*innen arbeiten an einer noch besseren regionalen und überregionalen Vernetzung. Sie wünschen sich außerdem mehr Support aus den Großstädten, denn sie sind lokal leider viel zu wenige, die dauerhaft am Thema arbeiten.

Vielen Dank für das Interview!

#Europaparlament

Gutes CO_2 und grönländischer Wein

von Jan Rettig



Es ist alles etwas verwirrend, was der europäischen extremen Rechten zu Klima und Umwelt einfällt. Wenigstens ist schon mal festzuhalten: Während diese Themen vor kurzem noch maximal randständig waren, sind sie heute europaweit fester Bestandteil ihrer Programmatik. Das hat mehrere Gründe. Einige erkennen im Zustand der Natur wirklich ein Problem, andere das ökonomische Potential. Außerdem würde die Vernachlässigung dieses omnipräsenten Themas auch bedeuten, weniger wahrgenommen und gewählt zu werden. Denn nicht zuletzt gibt es eine ganze Reihe Parteien, die auf die eine oder andere Art regierungsfähig werden wollen, was zumindest scheinbare Kompetenz auch in diesem Feld erforderlich macht.

Klimawandel gibt es wohl, aber ...

Die Positionen extrem rechter europäischer Parteien unterscheiden sich stark. Uneinigkeit besteht schon allein in der Frage, ob Klimawandel überhaupt stattfindet, was der menschengemachte Anteil daran ist und inwiefern der entsprechenden Forschung zu vertrauen ist. Das Spektrum reicht von Leugnung bis Anerkennung und natürlich vielen Zwischentönen. Heinz-Christian Strache, bis vor kurzem noch wohlgelittener Vorsitzender der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), reduzierte den Klimawandel auf eine simple Tatsache der planetarischen Entwicklung und stellte bei diversen weiteren Gelegenheiten den Einfluss des Menschen darauf infrage. Seine wesentliche, wenngleich nicht haltbare Erkenntnis: Selbst in Grönland wurde schon Wein angebaut. Auch die »Alternative für Deutschland« (AfD) hat radikale Zweifel am menschengemachten Klimawandel und der entsprechenden Wissenschaft, ähnlich die estnische »Eesti Konservatiivne Rahvaerakond« (EKRE), die niederländische »Partij voor de Vrijheid« (PVV) und die »United Kingdom Independence Party« (UKIP) aus Großbritannien. Ambivalentes kam in jüngerer Vergangenheit von der dänischen »Dansk Folkeparti« (DF). Während ihr Fachsprecher den Klimawandel selbst zur Glaubensfrage degradierte, gibt es auch Stimmen in der Partei, die die negativen Folgen von Extraktion und Verbrauch fossiler Brennstoffe, von Verkehr und Landwirtschaft explizit anerkennen und eine Intensivierung wissenschaftlicher Forschung fordern. Ihr relativ schlechtes Abschneiden bei der Wahl zum Europaparlament hat die DF auf fehlende Antworten zur Klimafrage zurückgeführt und will nun entsprechend nacharbeiten.

Und wenn es nicht zu leugnen ist, dann ...

Absurd rückwärtsgewandt hingegen will die UKIP sogar die britische Kohleindustrie wiederbeleben, die polnische Regierungspartei »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) gilt vorerst noch als Kohleretterin und beide bekommen völlig irrationale ideologische Schützenhilfe durch den deutschen Europaparlamentarier und passionierten Bergmann Guido Reil (AfD, früher SPD): CO_2 mache alles grüner und grün sei gut. Der französische »Rassemblement National« (früher: »Front National«, FN/RN) wiederum führt die Umweltzerstörung schon fast seriös rational auf die Globalisierung zurück, seine Globalisierungsfeindschaft sei daher unmittelbarer Umweltschutz. Mehr als patriotische Antwort auf kommende Energie- als auf virulente Umweltfragen wurde 2014 das parteinahe »Collectif Nouvelle Écologie« gegründet. Darum gekümmert hatte sich der damalige FN-Vizepräsident Florian Philippot, der allerdings den Verein nach seinem Parteiaustritt 2017 zu seiner neuen Partei »Les Patriotes« mitnahm. Seine größte Leistung dürfte darin bestanden haben, auch dieses Themenfeld im mittlerweile äußerst umfassenden Programm des FN/RN verankert zu haben. Darin wird eine kohlefreie Wirtschaft ebenso wie der Erhalt von Atomkraftwerken und die massive Förderung erneuerbarer Energien gefordert. Und das völlig ohne inneren Widerspruch, sondern ganz auf souveränistischer Linie für die nationale Versorgungssicherheit.

»Heimatschutz« und Volkswirtschaft

In Verknüpfung mit dem Thema Migration scheinen immer wieder auch völkische Varianten eines Heimatschutzes auf. Die ungarische »Jobbik« stellt sich auf die Seite von Wissenschaft und Forschung, sieht erneuerbare Energien in Funktion von Umwelt- und Klimaschutz und fordert sogar europäische Lösungen. Was betont modern klingt, ist im Kern eine Abwehrreaktion gegen die globale »Migrationswel-



»Absurd rückwärtsgewandt hingegen will die UKIP sogar die britische Kohleindustrie wiederbeleben, die polnische Regierungspartei PiS gilt vorerst noch als Kohleretterin und beide bekommen völlig irrationale ideologische Schützenhilfe durch den deutschen Europaparlamentarier und passionierten Bergmann Guido Reil (AfD, früher SPD): CO_2 mache alles grüner und grün sei gut …«

le«, die sie als soziale Folge des Klimawandels kommen sieht. Und die bedroht das in hungaristisch-biologistischer Tradition stehende Jobbikbild der ungarischen Nation. Die FPÖ braucht in dieser Frage keine internationale Perspektive. Ihr reicht der Verweis auf »vitale Lebensinteressen« und die Erhaltung eines Österreichs, das »sehens- und lebenswert« ist. Strache resümierte folgerichtig: »Umweltschutz ist Heimatschutz.« Auch beachtenswert, wenngleich weniger völkisch im engeren Sinne, scheinen Vorstellungen von kleinräumigen Wirtschaftskreisläufen als Teil einer extrem rechten Ökologie, wie sie etwa beim RN und der italienischen »Lega« auftauchen. In und um die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) herum hieß das ähnlich unausgegorene, dort vor allem im Dienst der sozialen Frage stehende Konzept »raumorientierte Volkswirtschaft«.

Auch die »Lega« hat sich in ihrem letzten Wahlprogramm ausführlich mit Fragen von Klima- und Umweltschutz beschäftigt. Ein guter Teil davon ist sogar in das Regierungsprogramm mit dem Koalitionspartner, der »5-Sterne-Bewegung« (M5S), eingegangen. Begründet mit Effizienz, Innovation und Wachstum, finden sich darin ebenfalls die Dekarbonisierung und der Ausbau erneuerbarer Energien. Die gleichen Argumente wurden von beiden Parteien im Streit um den Bau der Hochgeschwindigkeitszugstrecke von Lyon nach Turin Anfang des Jahres in Anschlag gebracht, allerdings mit ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Dem M5S ging es in seiner Ablehnung zudem um Umweltschutz, für die Lega war der zugunsten wirtschaftlicher Aspekte zweitrangig. Ähnlich ökonomisch orientiert ist die finnische »Perussuomalaiset« (PS) aufgestellt. Sie erkennt zwar die Problematik des Klimawandels an, ein finnischer Industrieschornstein ist für sie aber eine positive Klimaschutzmaßnahme gegen das »China-Syndrom« und von daher schon Teil der Lösung. Vor allem zum Schutz der heimischen Industrie und Arbeitsplätze werden jegliche internationale Lösungen abgelehnt, wie zum Beispiel das Pariser Klimaschutzabkommen. Zu diesem Abkommen hat fast die gesamte extrem rechte Parteienlandschaft Europas dieselbe ablehnende Meinung, gleichwohl stimmten einige in ihren jeweiligen Kontexten doch für dessen Implementierung.

… alle auf Greta!

In einer Frage aber gibt es unverbrüchliche Einigkeit und Glaubwürdigkeit: die Feindschaft zur aktuellen globalen Klimabewegung. Im Allgemeinen warnen konservative bis extrem rechte Politiker*innen vor der angeblichen Klimawandelhysterie. Der spanischen VOX zufolge sitze man einem »Klima-Schwindel« auf. Als »Klimatrottel« (Pia Kjaersgard, DF) wurden die Bewegten schon direkt beleidigt und schlussendlich entlädt sich die geballte Wut ganz persönlich an der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg. Seit Beginn ihrer freitäglichen Schulverweigerung für die Zukunft erreichen sie unzählige Schmähungen und Beschimpfungen, Hassbotschaften und Morddrohungen, zuletzt wurde ihr sogar eine ideologische Mittäterschaft am Christchurch-Attentat untergeschoben. Und in Schweden selbst? Der Vorsitzende der »Sverigedemokraterna« (SD), Jimmie Åkesson, reduzierte Thunberg zum Kind und Teil einer PR-Kampagne. Die postwendende Zurechtweisung durch die Sozialversicherungsministerin enthielt dann auch den wichtigen Kern, dass das Eindreschen eines Parteivorsitzenden auf eine junge Klimaaktivistin, die sich für eine bessere Welt einsetzt, schlicht eine Schande sei. Hysterisch wird also vor allem die extreme Rechte selbst.

Neben den »Gender- und Political Correctness-Wahn« tritt sprachlich und sachlich analog, nun auch noch der »Klimawahnsinn« (Maximilian Krah, AfD). Ihre irrationalen Reaktionen sind daher vor allem als Ausdruck eines Hasses gegen jede gesellschaftliche Veränderung überhaupt zu verstehen. Größe, Internationalität und Militanz der Klimabewegung scheinen der extremen Rechten europaweit derart Angst zu machen, dass sie selbst im doppelten Sinne grenzenlos wird: Aus allen Ländern ertönt dieselbe maßlose, tumbe Pöbelei gegen wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Maßnahmen und vor allem gegen Aktivist*innen. Vielleicht nicht ganz zu Unrecht vermutet die extreme Rechte in dieser sozialen Bewegung eine Sprengkraft, die ihren reaktionären, anti-solidarischen und anti-egalitären Ansprüchen nicht konträrer sein könnte.

#Medien

Anschreiben gegen die »Klimahysteriker«

Dieselaffäre, regenerative Energien und Insektensterben – der Klimawandel dominiert derzeit die politische Debatte. In rechten Periodika wird die Frage gestellt, inwieweit Ökologie für das eigene Milieu interessant sein könnte.

von Vera Henßler



Ein Blick in verschiedene Zeitungen und Zeitschriften bestätigt: Rechte Periodika greifen aktuelle umweltpolitische Diskussionen auf, mehr oder weniger dezidiert, manche sogar mit Schwerpunktausgaben. Ökologie wird dabei meist als relevantes Politikfeld anerkannt, eine eigenständige ökologische Agenda fehlt den Magazinen hingegen. Die Rechte habe sich das Thema aus der Hand nehmen lassen, schrieb schon 2013 Norbert Borrmann in der »Sezession«. Und das von einer Partei, deren Anliegen der Ökologie widerspreche: »Egalitarismus, Feminismus, Homoehe, Quotendiktatur, Zersetzung organisch gewachsener Familienstrukturen, Nationalmasochismus, Vergangenheitsbewältigung, Masseneinwanderung, Multikulturelle Gesellschaft. So halten Trittbrettfahrer mit einem naturwidrigen Menschenbild das Thema Ökologie besetzt« (56/2013). Umweltschutz, so der Tenor nicht nur in der »Sezession«, sei ein genuin rechtes Feld und mit der Wertschätzung für Tradition und dem Bekenntnis zur Heimat verknüpft. Doch was bedeutet diese Inanspruchnahme für die aktuellen Debatten?

Die Umweltverschwörung

Es klingt schon an: Auch die Ökologie eignet sich hervorragend, um sich an den gängigen rechten Feindbildern abzuarbeiten. Das trifft zum einen »Bündnis 90/Die Grünen«, ganz aktuell aber auch die junge Umweltbewegung. Fridays for Future (FFF) und im Besonderen deren Sprachrohr Greta Thunberg, die mit aggressiver Ablehnung zugeschüttet werden. So empfiehlt etwa die »Zuerst!« den Aktivist*innen, die als »Klima-Gretins« verunglimpft werden, einfach mal lange die Luft anzuhalten, um so den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß zu mindern. In der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) attestiert Thorsten Hinz FFF Asperger-Symptome und markiert sie als »neue Zivilreligion«, quasi als »Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsühnung verweigert.« In Richtung von Bündnis 90/Die Grünen poltert Hinz, die durch die Partei verkörperte »Abräumung traditioneller Strukturen – Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen« entspreche einer »Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.« Weitere Zitate in dem Stil ließen sich anfügen. Gerade das Gepolter von JF bis »Compact« verdeutlicht, wie das Thema Ökologie auch dazu dient, sich am gegnerischen politischen Spektrum abzuarbeiten und dabei gängige extrem rechte Narrative aufzuwärmen. In der »Sezession« und JF wird dann über die Parallelen zwischen Umweltbewegung und »Vergangenheitsbewältigung« sinniert und in der »Compact« eine Verschwörungsgeschichte mit dem Milliardär George Soros als Hintermann gestrickt.

Vom Ende des Autos

Politische Positionierungen lassen sich vermehrt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu den Themen Energiepolitik und Automobilindustrie finden. Sowohl die Energiewende als auch der Umgang mit dem Dieselskandal werden als Beleg für eine mangelnde wirtschaftliche Souveränität Deutschlands herangezogen. Deutschlands wirtschaftliche Interessen seien gefährdet, entweder durch grüne (Energie-)Politik, die EU oder die USA. Mitunter scharfzüngig fantasieren JF und »Zuerst!« von einer »Deindustrialisierung« Deutschlands und »Compact« sowie »Volk in Bewegung« wollen sogar einen »Morgenthauplan« ausgemacht haben. So schreibt der AfD-Europaparlamentarier Nicolaus Fest 2018 in der JF, die Debatte um Gesundheits- und Umweltschutz in Bezug auf das Dieselfahrverbot sei »vorgeschoben«. Es gehe darum, »das Auto kaputtzureden«, »Erziehungspolitik« zu betreiben und »gegen die wichtigste deutsche Industrie« vorzugehen. Für den verkehrspolitischen Sprecher der AfD im Bundestag, Dirk Spaniel, sind alle Maßnahmen aus Brüssel Angriffe von »Wirtschaftsfeinden« auf Deutschland. Ähnliche Akzente setzen auch »Compact« (»Auto-Aus für Deutschland?«, »Skalpjagd auf deutsche Auto-Manager«) sowie die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«. Die »politisch-mediale Klasse« falle, so der bayerische NPD-Funktionär Axel Michaelis, »angefeuert von der Meute der Klimahysteriker (…) der wichtigsten deutschen Wirtschaftsbranche in den Rücken und punziert sie als Betrüger, Menschenvergifter und Kriminelle«. Während die Autoindustrie hofiert wird, fällt das Urteil über die großen Chemieunternehmen mitunter kritischer aus. So benennt die »Zuerst!« den Einsatz



Das rechtsradikale Verschwörungs-Magazin »Compact« greift immer wieder die Klimabewegung und Greta Thunberg an.

von Pestiziden als Ursache für das Sterben von Wildbienen: »Ob die Biene und mit ihr die Insektenwelt überlebt, hängt vor allem von den Agro-Riesen wie Bayer oder BASF ab.« Ähnliche Töne lassen sich auch von der »Deutschen Stimme« vernehmen. Ein Grund für diese Diskrepanz ist sicherlich, dass das Auto im Gegensatz zur Chemieindustrie als genuin deutsches Identitätssymbol gilt.

Trump, der »Klimarealist«

Die Priorisierung regenerativer Energien wird spektrenübergreifend abgelehnt, wobei neben der wirtschaftlichen Souveränität, den Kosten oder Zweifeln an der Machbarkeit (z.B. Speicherkapazitäten) mitunter auch Aspekte wie landschaftliche Veränderungen etwa durch Windräder (»Verspargelung von Landschaften«) eine Rolle spielen. Gerade hier besteht eine Anschlussfähigkeit zu nicht-rechter Kritik an der Energiewende, wie eine Befragung unter Mitarbeiter*innen des Lausitzer Braunkohlereviers zeigt. Dass sich die Auseinandersetzungen um regenerative Energien gesellschaftlich noch verschärfen könnten, ist Anlass für einige Autoren, zumindest skizzenhaft eine Idee rechter Energiepolitik zu entwickeln. So plädiert Jonas Schick in der »Sezession« dafür, die Ökologie-Diskussion ausgehend von einer energetischen Perspektive von rechts zu besetzen. Ausgangspunkt seiner nebulösen Überlegungen ist die These, dass der in liberalen Gesellschaften erarbeitete Wohlstand bei der nun forcierten Energiewende nicht zu halten sei. Fossile Energien, so Schick, seien für die Erfolgsgeschichte des »realen Liberalismus« als »Amalgam aus marktwirtschaftlichem Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie« grundlegend gewesen. Mit der Energiewende werde nun versucht, Fortschritt und Wachstum zu sichern, was, so Schick, zum Scheitern verurteilt sei.
In vielen Artikeln werden erhebliche Zweifel am menschlichen Einfluss auf den Klimawandel geschürt. Kompromisslos ist wie so oft die »Compact«, die mit ihrem Ende 2017 erschienenen »Compact-Spezial« die »Klimakontroverse in ihrer gesamten Komplexität« dargestellt wissen will. Dass ein Rundumblick nicht das Steckenpferd der Redaktion ist, beweist sie dabei zum wiederholten Male. Wer für die Reduktion des menschengemachten Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes plädiert, wird als »Klimahysteriker« verunglimpft. Als deren Top Fünf macht »Compact« Barack Obama, Tony Blair, Papst Franziskus, Angela Merkel und Leonardo DiCaprio aus. Demgegenüber stünden »Klimarealisten« wie Vaclav Klaus, Donald Trump, Nicolas Sarkozy, Wladimir Putin und Alice Weidel. Im Heft kommen ausschließlich Autoren zu Wort, die den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel anzweifeln beziehungsweise diesen insgesamt in Frage stellen. Die Zeitschrift »Volk in Bewegung« aus dem »Nordland Verlag« schafft es einmal mehr, die Energiewende antisemitisch aufzuladen. Das zentrale Narrativ ist die Mär von einer internationalen jüdischen Verschwörung gegen Deutschland. Diese versuche mit Hilfe der Energie- beziehungsweise Umweltpolitik und den von ihr dominierten Medien, ihre finsteren Machenschaften zu betreiben.

»Schuldkult« gegen den Westen

Das einleitende Dossier der jüngst erschienenen Ausgabe von Felix Menzels neurechtem Blatt »Recherche D« wartet mit einer historischen Perspektive auf den Klimawandel auf, wonach, zusammengefasst, Klimaerwärmungen als Grundlage unserer gewachsenen Zivilisation zu betrachten seien. Diese Entwicklung habe sich demnach in den wärmeren Zeitaltern vollzogen, weshalb eine Erwärmung zu begrüßen sei. Die »weitverbreitete Angst« vor dem Klimawandel erkläre sich auch durch die Sesshaftigkeit des Menschen, die ihn anfälliger für Umweltveränderungen mache. Während hier zumindest anerkannt wird, dass Migrationsbewegungen aufgrund von Klimaveränderungen als Herausforderung ernst genommen werden müssten – wobei die politischen Schlussfolgerungen unerwähnt bleiben –, wird in der JF die Forderung nach der Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund gänzlich als »Aberglaube« abgetan. Als das »größte globale Problem« macht nicht nur »Recherche D« die Überbevölkerung im globalen Süden aus. Menzel empfiehlt daher eine »gute Regierungsführung, Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit (…), Arbeitsmarkt und Gleichberechtigung«. Alles Allgemeinplätze, die viel Spielraum für obskure Interpretationen wie die folgende bieten. Statt die tatsächlichen Ursachen zu erkennen, werde »über einen Schuldkult der reiche Westen an den Pranger gestellt«. Dass es in Deutschland keinen erhöhten Handlungsbedarf gebe, ist in der gesamten Rechten Konsens.

Zwischen den Zeilen

Felix Riedel von der »Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz« widmet sich der Rezeption von Ökologie und Umweltschutz in der extremen Rechten. Für ihn sind ökologische Perspektiven nur über eine »Umverteilung von in den Industriestaaten akkumulierte[m] Reichtum« umsetzbar und exakt dagegen schreiben Junge Freiheit, Sezession und Co. an. Insofern lassen sich laut Riedel die in diesen Periodika kolportierten Positionen, wie Klimaskeptizismus, Migrationsfeindlichkeit und nationale wirtschaftliche Souveränität als Grundlagen für einen »äußerst aggressiven Klassenkampf von oben« begreifen, »der gegenwärtige Verteilungsmuster verteidigen« soll.

Der Text ist eine stark gekürzte und aktualisierte Fassung eines Artikels aus der Reihe »magazine« des apabiz e. V.. Die im Juni 2019 erschienene Ausgabe »Ökologie von rechts« kann auf www.apabiz.de nachgelesen werden.

#Identitäre

Beim Klimathema kommt die IB ins Schwitzen

Die »Identitäre Bewegung« hat ein Problem: Seit Jahren versucht sie sich als länderübergreifende Jugendbewegung zu inszenieren. An Tagen wie dem 20. September 2019, an dem weltweit Millionen überwiegend junger Menschen gegen die aktuelle Klimapolitik demonstrierten, wird deutlich, wer und was tatsächlich die Jugend bewegt. Hastig versuchen die bekannten Köpfe der »Identitären« deshalb, Antworten auf Fridays for Future und Co. zu finden.

von Pit Reinesch und Fabian Jellonnek

Einer dieser Köpfe aus dem Spektrum der »Identitären« stellt sich selbst als »Phänomenologe« und »Philosoph« vor. Er sitzt auf einem Klappstuhl vor einer braunen Schrankwand in einem unaufgeräumten Zimmer und wagt sich an das große Thema der Stunde heran. »Outdoor Illner«, YouTuber der »Identitären Bewegung« (IB), spricht über den Klimawandel. Nicht im Kleinen, wie er betont, nein, er will das ganz große Rad drehen. Groß dürfte bei seinen Anhänger*innen die Überraschung sein, wenn sie hören, dass ihr YouTube-Idol tatsächlich sagt, dass es den Klimawandel gebe und er menschengemacht sei. Vorsorglich fügt der Trierer gleich an, man möge ihn doch bitte in den Kommentaren nicht mit Argumenten behelligen. Er scheint zu ahnen, dass im rechten Lager gerade andere Töne gespielt werden. Der Rest des Videos ist angesichts der Relativierung der eingangs gemachten These weniger überraschend. »Irre« sei es, angesichts des Klimawandels von einer Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit zu sprechen: »Ihr könnt doch nicht ernsthaft glauben, dass so ein paar Flutwellen uns ausrotten« verkündet der Mann im Klappstuhl. Trotzdem sei Umweltschutz ein rechtes Thema, schließlich gehe es um die Heimat.

Die ethnokulturelle Identität erhalten

Diese Verknüpfung ist im rechten Lager nicht unbekannt, die Formel »Umweltschutz gleich Heimatschutz« kennt man von NPD und Co. Dabei werden historische Bezüge auf rechte und völkische Wurzeln des Umweltschutzes genutzt. Auch die Identitären beziehen sich in diesem Sinn auf Umweltschutz. So veröffentlichte Martin Sellner bereits 2014 ein Video unter dem Titel »Umweltschutz ist identitär«, in dem er behauptet, der Umweltschutz sei von »Internationalisten und Marxisten gekapert und zu dem suizidalen Monster gemacht« worden. Im Video versucht er die Verknüpfung von Ethnopluralismus mit Umweltschutz: »Umweltschutz war und ist Heimatschutz. Landschaft, Kultur, Tiere und Menschen bilden eine Lebenswelt, die man nicht willkürlich trennen kann. Wer unsere Umwelt und Tierarten erhalten will, der muss auch unsere ethnokulturelle Identität erhalten.«. In dieser Ansicht offenbart sich zum einen, dass das identitäre Verständnis von Umweltschutz über Landschaftsschutz nicht wirklich hinausgeht und mit moderner Ökologie nicht viel gemein hat. So ist beispielsweise die Selbstdarstellung als Naturromantiker ein beliebtes Motiv in Social-Media-Auftritten von Identitären. Indem die Migration von Menschen mit der von Tieren gleichgesetzt wird, ist die Aussage von Sellner zum anderen auch eine Anspielung auf biologischen Rassismus. Diese Parallelen finden sich beispielsweise auch häufig in parlamentarischen Anfragen der AfD zu »invasiven Arten«. So ist das Thema Umweltschutz für die »Identitären« im Endeffekt vor allem ein Vehikel, um ihre rassistischen Ansichten zu verbreiten.

Fokus auf den »menschengemachten Bevölkerungswandel«

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich die Identitären mit dem Thema Klimawandel, das einer globalen Lösung bedarf, schwertun. Dabei scheinen bei ihnen Konflikte taktischer und inhaltlicher Art eine Hemmschwelle zu bilden, Klimawandel zu thematisieren. Zum einen berührt dies die Frage, inwiefern man den Klimawandel thematisieren soll und welches Framing man diesbezüglich nutzen will. Zum anderen stellen sich Identitäre die Frage, wie sie sich auf die Klimabewegungen beziehen wollen. Denn auch wenn man den Klimawandel selbst nicht leugnet, scheint man nicht gewillt zu sein, den Unmut rechtspopulistischer Klimawandelleugner auf sich zu ziehen. In einem Video vom 3. Juni 2019 unter dem Titel »7 Fragen & Antworten zu Klima, Umweltschutz & Rezo« meinte Sellner, es gebe zum Thema Klimawandel eine »Pluralität an Meinungen« bei den Identitären. Weil das Thema bereits so viel Aufmerksamkeit in den Medien habe, konzentriere man sich statt auf den menschengemachten Klimawandel

»Das muss man natürlich wissen.«

lieber auf den »menschengemachten Bevölkerungswandel«. Hier zeigt sich, dass die Identitären versuchen, einen Vergleich zwischen den eigenen Ansichten und denen der Klimabewegung herzustellen. Das Ziel: die eigenen rassistischen Ansichten als legitime Diskurspositionen darzustellen und somit zu verharmlosen.

Eine weitere Strategie ist der Versuch, die Jugendbewegung Fridays for Future in den Ruch der Panikmache zu stellen. Nicht nur bei »Outdoor Illner" finden sich solche Narrative, sondern beispielsweise bei Martin »Lichtmesz« Semlitsch. Der Autor der neurechten »Sezession« möchte sich aber nicht festlegen, ob es den Klimawandel nun gibt oder nicht: »Ebensowenig habe ich eine endgültige Meinung zum ‹Klimawandel›, seinen Ursachen und seinen Auswirkungen (...)". Anstatt diese Wissenslücke zu schließen und sich mit der Klimakrise auseinanderzusetzen, erinnert sich Semlitsch lieber an die 1980er Jahre und zitiert aus Texten über das Ozonloch und FCKW.

Anschauung statt Studien und Klimaprognosen

Eigentlich ein naheliegender Weg, schließlich arbeitete just in diesem Jahrzehnt der Soziologe Niklas Luhmann in seinem Buch »Ökologische Kommunikation« die entsprechende Argumentationskette schlüsselfertig aus: »Angstkommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne daß andere dies widerlegen können«, schrieb Luhmann damals auf. In den Händen der IB ist dieser Schlüssel genau der falsche. Schließlich baut ein Großteil ihrer Propaganda und Ideologie auf dem Moment der Angst, wie das Narrativ vom »Bevölkerungsaustausch" zeigt. »Wenn Angst kommuniziert wird und im Kommunikationsprozeß nicht bestritten werden kann, gewinnt sie eine moralische Existenz. Sie macht es zur Pflicht, sich Sorgen zu machen, und zum Recht, Anteilnahme an Befürchtungen zu erwarten und Maßnahmen zur Abwendung der Gefahren zu fordern«, erkannte der Soziologe Luhmann in seiner Kritik der Ökobewegungen der 80er Jahre. Obwohl sich die derzeit von jungen Menschen formulierten Ängste vor einer Klimakatastrophe auf wissenschaftliche Fakten stützen, raunt Semlitsch in seinem Text, »daß es mit der angeblichen wissenschaftlichen Unumstößlichkeit der Katastrophenprognosen nicht weit her ist.« Die Angstkommunikation der IB beruht dagegen einzig und allein auf einer völkisch-esoterischen Perspektive auf die Weltbevölkerung: »was wir Rechten als Haupterkenntnisquelle nutzen, ist eben nichts abstraktes, sondern die Anschauung", meint »Outdoor Illner". Abstraktes, das sind für ihn wissenschaftliche Studien und Klimaprognosen. Zwar ist Ängsten, laut Luhmann, grundsätzlich schwer argumentativ beizukommen. Die gefühlte Wahrheit von »Outdoor Illner« und Co. dürfte es dennoch schwerer haben als die Verweise auf die Wissenschaft von Fridays for Future.

Inhaltlich begründen viele der Identitären die vermeintliche Dringlichkeit ihrer Anliegen mit dem globalen Bevölkerungswachstum. Die anschließenden Ausführungen offenbaren dabei nicht nur Zynismus, sondern auch den üblichen Rassismus der IB. Mitunter klingen in den Auseinandersetzungen mit dem Thema Klima auch antisemitische Verschwörungstheorien an. Beispielsweise wenn Semlitsch raunt, Greta Thunberg sei eine Schachfigur. Oder bei Martin Sellner, der in seinem Video sagt: »Die Umweltzerstörung wird begünstigt durch genau diese ortlosen globalen Megakonzerne für die ein Stück Land nicht mehr Heimat ist«.

Verharmlosung und Opferinszenierung

So erwartbar wie die unterschwellige Menschenfeindlichkeit finden sich in den Stücken der Identitären zum Klimawandel auch die üblichen Opferinszenierungen: Insbesondere bei Kommentaren zur Gruppierung Extinction Rebellion. Während die beiden Identitären Philip Thaler und Alex »Malenki" Kleine diese in ihrem Videoformat »Laut Gedacht« als Klimasekte beschimpfen, zieht Sellner auf Twitter einen Vergleich zwischen Extinction Rebellion und der IB: »Verfolge es mit Spannung und Interesse. Insbesondere was die gleichzeitige Kriminalisierung der Ideen & Aktionsformen bei der IB angeht.«. Damit versucht Sellner auch eine Legitimierung der eigenen Positionen zu erreichen. Diese Verharmlosungsstrategie der IB wird auch von neurechten Medien aufgegriffen. So veröffentlichte der Twitter-Account der Zeitung »Junge Freiheit« beispielsweise eine Karikatur mit zwei Bildern von einem Demonstranten, der ein Schild mit dem Spruch »Wir wollen nicht aussterben« hochhält. Auf dem einen Bild trägt der Demonstrant ein Logo von Extinction Rebellion, auf dem anderen eines der »Identitären«.

Im letzten Viertel seines Videos wird »Outdoor Illner« nochmal grundsätzlich. Wer im Lager der aktuellen Klimabewegungen mitmache, sei auf dem Holzweg. Wer dagegen, »im rechten Lager mitmacht und die Massenmigration bekämpft (...) der ist auf dem richtigen Weg, selbst wenn er bei Überprüfung der Fakten Fehler macht, wenn er Blödsinn redet.« Um diese Logik zu verstehen, muss man wohl bei jenem extrem rechten Gesinnungskollegen Anleihen nehmen, der sich zu Lebzeiten als »promovierter Naturwissenschaftler« vorstellte: Dr. Axel Stoll. Der brachte, im Interview argumentativ am Ende, einst den Klassiker: »Das muss man natürlich wissen.«


TEMPO MACHEN
BEIM KOHLEAUSSTIE



Tausende Klimaaktivist*innen demonstrieren im Jahr 2019 zusammen.
Unteilbar ist die Klimabewegung auch antifaschistisch.

Günter Zehm gestorben

Bonn. Wie die neu-rechte Zeitung »Junge Freiheit« (JF) berichtete, starb am 1. November 2019 der rechte Autor Günter Zehm im Alter von 86 Jahren. Der 1933 geborene frühere Feuilletonredakteur der konservativen Zeitung »Die Welt« und spätere Autor der Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« war seit 1995 regelmäßiger und einflussreicher Kolumnist der JF. Seine Kolumne erschien unter dem Pseudonym »Pankraz«. In den 1990er Jahren war der nationalkonservative Philosoph auch Dozent und Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. In dem 2012 veröffentlichten dritten Band des »Staatspolitischen Handbuchs« aus dem neu-rechten Verlag »Edition Antaios« wurde Zehm als »Vordenker« und für seinen »Einfluß auf das konservative Denken« gewürdigt. Bei Antaios wurden auch die zehn Bände seiner Jenaer Vorlesungen veröffentlicht. Dieter Stein, Gründer und Chefredakteur der JF, bezeichnete Zehms Tod als »schweren Schlag«.

»Cato«: Salvini-Interview

In der aktuellen Ausgabe der Berliner Zeitschrift »Cato« (Nr. 6/2019) sind Auszüge eines Interviews mit dem von 2018 bis 2019 amtierenden italienischen Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Italiens Matteo Salvini von der rechtsradikalen »Lega« abgedruckt. Der Text in dem rechten Coffeetable-Magazin ist ein Auszug aus dem Buch »Ich bin Matteo Salvini«, das im September 2019 beim rechten Verlag »Manuscriptum« erschienen ist. Das Interview führte die Journalistin Chiara Giannini. Salvini plädiert in dem Gespräch für einen strikten Kurs gegen Migration, mehr Law & Order, lobt US-Präsident Donald Trump und kritisiert den Investor George Soros und dessen Stiftungsarbeit als Verfechter einer angeblichen »Einheitskultur«. Die neu-rechte »Junge Freiheit« lobt das Buch: »Die Entwicklungen in Italien bleiben spannend. Wer sie verstehen will, kommt an diesem Band nicht vorbei.« Das Interview mit dem Politiker ist für »Cato« (»Magazin für neue Sachlichkeit«) ungewöhnlich, da dort bisher selten aktive Politiker*innen zu Wort kamen und politische Fragen eher im Sinne neu-rechter »Meta-Politik« über Autor*innen aus Kultur, Kunst, Publizistik oder Wissenschaft vermittelt wurden.

Franco umgebettet

Spanien. Am 24. Oktober 2019 wurde der Sarg des faschistischen spanischen Diktators Francisco Franco (4.12.1892 - 20.11.1975) umgebettet. Der geschmückte Sarg wurde aus dem Franco-Mausoleum im sogenannten »Tal der Gefallenen« mit einem Hubschrauber zu einem Friedhof im Norden Madrids geflogen. Die Umbettung wurde von massiver Polizeipräsenz geschützt. Angehörige und mehrere Hundert Unterstützer*innen des Faschisten hatten sich versammelt und riefen Parolen, wie zum Beispiel »Es lebe Franco, es lebe Spanien!«. Das Mausoleum wurde noch zu Lebzeiten von Franco durch Tausende Zwangsarbeiter*innen errichtet und war später Wallfahrtsort für die radikale Rechte. Neben Franco waren dort auch die sterblichen Überreste von zehntausenden Opfern des Spanischen Bürgerkriegs und der Diktatur bestattet. Ein Sohn Francos las bei der Umbettung die Totenmesse. Die rechtsradikale Partei »Vox« verurteilte die Maßnahme als »Grabschändung« und die konservative »Partido Popular« (»Volkspartei«) behauptete, so würden »bereits geheilte Wunden« aufgerissen. Bis heute sind die Aufarbeitung des Faschismus und des Bürgerkriegs in Spanien sowie die Ermordung und Verfolgung von Gegner*innen während der Diktatur kaum aufgearbeitet.

Rechte bei Buchmesse

Frankfurt/Main. Auch im Oktober 2019 waren auf der Frankfurter Buchmesse wieder rechte Verlage präsent, unter anderem »Manuscriptum«, »Jungeuropa«, »Antaios« sowie »Junge Freiheit«. Auf dem Blog »Sezession« klagte der neu-rechte »Antaios«-Verleger Götz Kubitschek, die rechten Verlage lägen in einer »Sackgasse« und wie ein »Blinddarm« »abgeschieden und abgeschirmt in einer Hallenecke«. Kubitschek schwärmte von vergangenen Buchmessen und erläuterte daran die eigene Strategie, die Messe als »unseren« Ort zu betrachten, solange sie selbst »die Bedingungen diktierten und mit völlig unterlegenen Kräften wie mit dem Fallschirm abgeworfen die Messe an einem Knotenpunkt eroberten, den der Gegner nicht mehr rechtzeitig abschirmen konnte.« Auf Instagram posierten neu-rechte Aktivisten stolz mit Aufklebern gegen Rechts, die offenbar an anderen Ständen auf der Messe mitgenommen wurden, zudem provozierten einzelne an Ständen von linken beziehungsweise antifaschistischen Verlagen oder Institutionen. Mindestens ein Journalist wurde von Rechten bedrängt, an seiner Arbeit behindert und als »Made« beschimpft. Die »Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union« und ver.di kritisierten auch das Verhalten der Polizei: »Am 19. Oktober wurde der Journalist ausweislich eines Videos von einem Polizisten daran gehindert, den rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek am Stand des rechten Antaios Verlags zu fotografieren. Auf dem Video ist zu sehen und zu hören, wie der Polizist dem Journalisten Vorgaben machen will, wie und wie lange Kubitschek fotografiert werden dürfe.«

NPD am »Tiefpunkt«

Berlin. Mit einem vierseitigen Thesenpapier »Neustart für die Heimat – statt ein bloßes ›Weiter so‹« hat die NPD auf jüngste Niederlagen reagiert. Das Papier wurde auf einer Klausurtagung am 21. und 22. September 2019 in Berlin beschlossen. Bei den Landtagswahlen am 1. September 2019 in Sachsen stürzte sie von 4,9 Prozent (2014) auf nur noch 0,6 Prozent der Stimmen ab und in Brandenburg trat sie gar nicht erst an. Offen hält die Partei selbst fest, sie sei an »einem vorläufigen Tiefpunkt angelangt«, obwohl dank der AfD die eigenen Themen und Forderungen so intensiv wie nie in der Öffentlichkeit stünden. Es gehe nun darum, mit der »kampferprobten Gemeinschaft« der NPD wieder politischen Einfluss zu gewinnen. Der Parteivorsitzende Frank Franz brachte dazu auch einen neuen Namen für die Organisation ins Spiel. Dabei müsse jedoch der »thematische Markenkern« erhalten bleiben, »also der aus unserem ethnischen Volksverständnis resultierende Kampf gegen Überfremdung und Heimatverlust«. Organisatorisch wolle man Strukturen umbauen, unter anderem aus der Parteizeitung »Deutsche Stimme« ein Magazin machen, einen »Newsroom« für bessere Onlinepräsenz aufbauen und thematisch stärker auf Natur- und Umweltschutz setzen. Ziel sei eine »Macherpartei«, die konkrete Projekte wie »Deutsche helfen Deutschen« umsetzt. Vier Wochen nach der Klausur verlor die Partei auch in Thüringen massiv von 3,6 Prozent (2014) auf nur noch 0,5 Prozent.

»Die Blauen« aufgelöst

Döbeln. Nach den Wahlniederlagen in Sachsen und Thüringen hat die Partei der früheren Chefin der »Alternative für Deutschland«, Frauke Petry, auf einem Parteitag im sächsischen Döbeln Anfang November 2019 die Selbstauflösung beschlossen. Die 2017 gegründete Partei »Die Blauen« hatte bei der Wahl in Sachsen nur gut 7.800 Stimmen (0,4 Prozent) und in Thüringen nicht einmal 900 Stimmen (0,1 Prozent) erreicht. Die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Partei Petry erklärte »mittelfristig« ihren Abschied aus der aktiven Politik.

Rechte Burschen

Jena. Ende Oktober 2019 hat die »Allgemeine Deutsche Burschenschaft« (ADB) am Rande ihres »Burschentages« in Jena erklärt, sie lehne völkisches Gedankengut ab, wie es beispielsweise von Vertreter*innen des »Flügels« in der AfD vertreten werde. Der Verband mit 27 Burschenschaften und etwa 4.000 Mitgliedern hatte sich 2016 in Abgrenzung zur offen rechtsradikalen »Deutschen Burschenschaft« gegründet und behauptet von sich, liberale Positionen zu vertreten. Allein ein Blick in die jüngste Ausgabe der Verbandszeitschrift »Der Burschenschafter« (Nr. 1/2019) zeigt jedoch ein anderes Bild; darin schreiben unter anderem David Engels, Autor des neu-rechten Blattes »Cato«, der AfD-Landtagsabgeordnete Lars Patrick Berg oder der Redakteur der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit«, Lukas Steinwandter. In der Ausgabe wird auch der Sammelband »Nachdenken für Deutschland« der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« ausführlich besprochen und als »insgesamt sehr lesenswert« empfohlen.

Wahlen in Spanien

Spanien. Am 10. November 2019 ist die rechtsradikale Partei »Vox« drittstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen in Spanien geworden. Die Partei erhielt 3,6 Millionen Stimmen – das entspricht 15,1 Prozent und 52 Sitze im Parlament (Stand: 11.11.2019). Im Vergleich zur letzten Wahl am 28. April diesen Jahres konnte sie nicht nur ihr prozentuales Ergebnis von damals 10,3 Prozent um fünf Prozentpunkte steigern, sondern auch etwa eine Million absolute Stimmen hinzugewinnen und die Anzahl der Sitze mehr als verdoppeln. Da sich die Parteien seit April auf keine Regierungskonstellation einigen konnten, war eine Neuwahl nötig geworden. »Vox« setzt auf Rassismus und spanischen Nationalismus, vor allem auf einen scharfen Kurs gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in Katalonien und im Baskenland. Die konservative »Partido Popular« konnte ihr Ergebnis nach Skandalen wieder auf knapp über 20 Prozent verbessern. Sie setzt bis heute auf politische Kontinuitäten aus dem spanischen Faschismus.

Wahlen in Österreich

Wien. Bei der Nationalratswahl in Österreich am 29. September 2019 hat die rechtsradikale »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) einen Dämpfer erlitten. Grund war der im Frühjahr aufgedeckte »Ibiza-Skandal« um den Vizekanzler und langjährigen Vorsitzenden der Partei Heinz-Christian Strache. Sie verlor bei der Wahl fast zehn Prozentpunkte, kommt nur noch auf gut 16 Prozent und 31 Sitze im Nationalrat. Aufgrund des Skandals hatten die Konservativen unter Kanzler Sebastian Kurz von der »Österreichischen Volkspartei« die Regierungskoalition mit der FPÖ vorzeitig beendet.

Wahlen in Ungarn

Budapest. Am 13. Oktober 2019 erlitt bei den Kommunalwahlen in Ungarn die rechtsradikale Partei des Ministerpräsidenten Viktor Orbán eine Niederlage. Unter anderem verlor »Fidesz« den Bürgermeister in Budapest sowie in 13 der 23 Stadtbezirke der Hauptstadt sowie in mehreren anderen Städten – darunter Eger, Miskolc, Érd, Tatabánya, Dunaújváros, Pécs und Szombathely – ihre bisherige Mehrheit. Der Sieg der Opposition gegen die Rechtsregierung gelang, da sie diesmal in unterschiedlichen, breiten Bündnissen gegen die Orbán-Partei antrat, teils sogar unter Einschluss der rechtsradikalen Partei »Jobbik«. In ländlichen Regionen konnte sich die rechte Regierungspartei »Fidesz« dagegen behaupten. Insgesamt bleibt die Partei von Orbán stärkste Kraft im Land.



Soziale Frage von Rechts

von Sascha Schmidt

Nachdem die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei fünf Landtagswahlen im Jahr 2016 hohe Stimmengewinne unter Arbeiter*innen und Arbeitslosen verzeichnen konnte, hat die Relevanz der Sozialen Frage für Teile des extrem rechten Spektrums deutlich zugenommen. Während »Der Flügel« der AfD auf einen »solidarischen Patriotismus« setzt, diskutieren Teile der »Neuen Rechten« (NR) über einen ‹Antikapitalismus› von Rechts.

Einen Überblick über die mit dieser Entwicklung einhergehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten, Positionen und Konzeptionen bietet der Sammelband »Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‹Antikapitalismus›« des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Das 17 Artikel umfassende Buch ist in drei Teile gegliedert. Teil eins widmet sich ideengeschichtlichen Bausteinen aus der Weimarer Republik. Im Fokus: der »preußische Sozialismus« von Oswald Spengler (von Michael Lausberg), der »nationale Sozialismus« bei Arthur Möller van den Bruck (Volker Weiß) und ‹nationalsoziale› Konzepte aus der Zeitschrift »Die Tat« (Simon Eberhardt). Helmut Kellershohn widmet sich dem Zusammenhang von Neoliberalismus und ‹Konservativer Revolution›.

Teil zwei und drei setzen sich größtenteils mit aktuellen Wirtschaftskonzepten und -themen der extremen Rechten sowie den damit verbundenen Kampffeldern auseinander. Darunter: die NPD in der Ära Voigt (Gideon Botsch/Christoph Kopke), die Betriebsratskampagne der NR von 2018 (Tim Ackermann/Mark Haarfeldt), die Soziale Frage im »Compact«-Magazin (Michael Barthel/Anna-Lena Herkehoff) oder – besonders lesenswert – Marx interpretiert von Vertretern der NR (Kellershohn).

Einen Schwerpunkt nimmt die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD ein. Während sich Kellershohn den Programmatiken zuwendet, beleuchten Simon Eberhard und Sebastian Friedrich die unterschiedlichen »Flügel«-Positionen. Clemens Hölzel thematisiert die antiamerikanischen und antisemitischen Denkfiguren in der Partei. Gerd Wiegel analysiert die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundestagsfraktion, Ackermann und Haarfeldt die Rentenkonzepte, Nicole Gohlke und Christian Schaft das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm.

Alles in allem bietet der Sammelband einen sehr gelungenen und lesenswerten Überblick über die Materie.

Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‹Antikapitalismus› – Sozial- und wissenschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster 2019, Unrast Verlag Edition DISS, 268 Seiten, 24 Euro.



Entkultiviertes Bürger*innentum

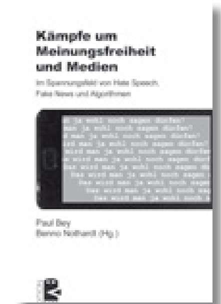
von Paul Wellsow

Schon die ersten Sätze machen klar, welchen Gegenstand das Buch verhandelt: »Sie kommen nicht aus dem Nichts. Sie sind keine Nobodys. Sie können langjährige Nachbarn und gute Bekannte sein, renommierte Persönlichkeiten und gestandene Politiker. (…) Vom gesellschaftlichen Rand kamen die extrem Rechten selten. Mit ihren Positionen bewegen sie sich vielmehr selbst an den politischen Rand. Was sich gestern noch politisch am Rande befand, ein No-Go war, noch undenkbar erschien, steht heute in der Mitte, wird nicht bloß gedacht, sondern gesagt. An den Rändern der Gesellschaft hat sich die politische Entwicklung der Weimarer, Bonner und Berliner Republik nie entschieden. Die gesellschaftliche Mitte trug und trägt die Verantwortung mit. Und diese Mitte driftet seit geraumer Zeit nach rechts, erst allmählich, nun beschleunigt.«

In seinem neuen Buch »Die Entkultivierung des Bürgertums« – eine Mischung aus politischem Essay und Sachbuch – untersucht Andreas Speit den Zustand des deutschen Bürger*innentums, sein trügerisches Selbstbild und dessen Ambivalenz zwischen dem Streben nach dem eigenen Vorteil und der universalistischen Seite des Citoyen, dessen Werte auf den Errungenschaften der französischen Revolution beruhten.

Die Hetze von Rechts von enthemmten früheren Konservativen und Neonazis schlägt um in Gewalt und Mord – auch gegen jene Bürgerlichen, die zum Beispiel noch christliche Werte im Umgang mit Geflüchteten hochhalten. Es seien Personen wie Erika Steinbach oder Hans-Georg Maaßen, die beispielhaft für die »Rechtsverschiebung« des Bürgertums stehen. Mit Daten zu politischen Einstellungen und historischen Verweisen zeigt Speit die Verantwortung der »Mitte«. Er trägt Belege zusammen, die zeigen, dass die »Zerstörung der deutschen Demokratie« ein »Werk der Mittelklasse« war. Und er sammelt Belege, dass sich das heute wiederholt. Die »selbsternannten Tabubrecher« von Rechts kommen »aus der Mitte der Gesellschaft, sind renommiert und profiliert«. Speit nennt Thilo Sarrazin, Botho Strauß oder Peter Sloterdijk. Als »Entkultivierung des Bürgertums« beschrieb der Politikwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer diesen Prozess. Bürgerliche versuchen, ihre »privilegierte Position« mit »rabiaten Mittel« zu sichern, ein »Verteilungskampf von weißen Männern mit Bildung und Besitz um das verlorene Paradies oder die bedrohte Idylle der eigenen Heimat«. Speit warnt: »Der Firnis der Demokratie und der Empathie scheint dünner zu sein als angenommen«. Die Aufforderung, »wehret den Anfängen«, sei überholt. Es gelte »Brandmauern« gegen die Rechte hoch zu ziehen.

Andreas Speit: Die Entkultivierung des Bürgertums. Zürich 2019, Orell Füssli, 112 Seiten, 12 Euro (Ebook 9,99 Euro).



Umkämpfte Meinungsfreiheit

von Nina Rink

Dieses Buch kommt angesichts der (erneut) hochgekochten medialen Debatte um Meinungsfreiheit und deren Grenzen genau richtig. Auch wenn die Autor*innen wohl kaum von dieser Entwicklung gewusst haben können – es zeigt, wie zeitlos aktuell das Thema und wie notwendig die dauerhafte und wiederholte Auseinandersetzung damit ist. »Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien – Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake

News und Algorithmen« ist Ergebnis des vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ausgerichteten Kolloquiums zum Themenkomplex »Öffentliche Debatten um Meinungsfreiheit«. Die Teilnehmenden tauschten sich aus mit dem Ziel, »Wege eines kritischen Umgangs mit der gegenwärtigen Medienberichterstattung« zu erarbeiten. Der vorliegende Sammelband dokumentiert und vertieft verschiedene Aspekte in unterschiedlichen Darstellungsformen. Nach einer Einleitung des Herausgebers Paul Bey, die schon wesentliche Schlagworte in der Debatte einführt und aktuelle Bezüge herstellt, eröffnet Helmuth Kellershohn das breite Spektrum an angesprochenen Themen mit einer Analyse der öffentlichen Kommunikation der »Alternative für Deutschland« (AfD) mit ihrem strategisch eingesetztem Tabubruch bei gleichzeitigem Appell an die Meinungsfreiheit. Das Muster ist nicht neu, aber immer noch und immer wieder wirkungsvoll. Angesichts der Abhängigkeit des Erfolges dieser Strategie von der Rezeption in der Öffentlichkeit und den Medien kann man daran auch gar nicht oft genug erinnern. Andrea Becker schließt mit ihrer Arbeit über die Kampagnen der extremen Rechten in sogenannten sozialen Netzwerken an. Die von ihr sehr anschaulich beschriebene Orchestrierung gezielter Manipulationen und deren algorithmische Verstärkung in einem vielschichtigen Mediensystem aus Social Media, klassischen Medien und Öffentlichkeit ist mehr als aufschlussreich und gleichzeitig ernüchternd. Marc Fabian Erdl widmet sich dem Mythos der politischen Korrektheit von der Entstehung bis hin zu seinem heute auch in linken Kreisen unreflektierten Gebrauch. Jobst Paul beleuchtet in seinem Beitrag »Fake News und Real News in den USA« die unsauberen Methoden der Kommunikation der Trump-Administration und den Widerstand der kritischen Presse am Beispiel der Diskussion um den Mueller-Report. Das capulcu redaktionskollektiv schlüsselt mit einer technologiekritischen Perspektive die Nutzung von Algorithmen durch die großen Tech-Konzerne auf und zeigt die Gefahren einer »programmierten Gesellschaft« – inklusive möglicher Formen des Widerstands. Abgerundet wird der Band durch den Vortrag von Jennifer Eickelmann »Ab- und Ausgrenzungspolitiken im Netz«, in dem sie den alternativen Begriff »mediatisierte Missachtung« einführt, um den Dualismus »Free Spech vs. Hate Speech« aufzubrechen, der nach ihrer Darstellung offensichtlich unzureichend ist. Fazit: die Beiträge sind nicht immer ganz leicht zu lesen, aber höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.

Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.): »Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien – Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen«. Münster 2019, Unrast Verlag Edition DISS Band 44, 160 Seiten, 16,00 Euro.

Photos

Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 1, 28, 38)
Kai Budler (Seite 3)
Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 4, 7, 15, 21, 33, 34, 44)
wikipedia / Edward Kimmel, CC BY-SA 2.0 (Seite 11)
Thomas Witzgall (Seiten 17, 22)
Christian Ditsch (Seiten 18, 27)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.


YALLAH
YALLAH
ANTIFASCISTA